

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig  
Bankkonto: Van der Arbeit, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16  
Fernsprecher S.-N. 62341

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigenpreis: Für den Stellenmarkt die 10 gepaltene Millimeter-  
zeile 90 Pf. Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Der Metallarbeiterkampf in Sachsen

Vom Reichsarbeitsministerium wurde, nachdem alle Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen ergebnislos gewesen waren, versucht, den Frieden in der sächsischen Metallindustrie herbeizuführen, zu welchem Zwecke am 4. und 5. März neue Verhandlungen stattfanden. Als die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, wurde für jedes Tarifgebiet eine besondere Schlichtungskammer eingesetzt. Auch hier wurde heiß gestritten. Die Arbeitervertreter haben eingehend die Notwendigkeit einer angemessenen Lohn- und Verdienstaufbesserung begründet und dabei nachgewiesen, daß es den Industriellen wohl möglich ist, Lohnaufbesserungen zu gewähren. Es wurde nachgewiesen, daß zum Beispiel der Maschinenbau in Sachsen solche hohe Gewinne erzielt, die die geforderten Lohnrückstellungen zu gewähren gestatten. Und die Hüttenwerke haben gleichfalls glänzende Geschäfte gemacht. Für die Leipziger Metallindustrie im besonderen wurde von den Arbeitervertretern der Beweis geliefert, daß selbst die Firmen, die vor mehreren Jahren ihre Betriebe stilllegten, jetzt wieder in flottem Gange sind und gut verdienen. Eine dieser Firmen hat eine Lohnrückstellung von 10 % in freier Vereinbarung zugestanden.

Allein, alle diese Beweise vermochten nicht die Unternehmer zu einem Zugeständnis zu bewegen. Deswegen wurde für die sächsische Metallindustrie (außer Leipzig) folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Die Ausgangsziffer der Lohnabelle wird für Afford- und Lohnarbeiter auf 81 % festgesetzt. Für den Bezirk der Kreisbauernschaft Baunzen ermäßigt sich dieser Satz um 2 % = 79 %.
2. Die Arbeit ist baldmöglichst wieder aufzunehmen. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind die Arbeitnehmer, sobald die Betriebsmöglichkeiten es gestatten, wieder einzustellen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung sind nicht zulässig. Die Wiedereinstellung bewirkt, daß die Arbeit als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt.
3. Die vorstehende Lohnregelung gilt mit Wirkung ab 1. April 1928 bis auf weiteres; sie kann unter Innehaltung einer einmonatlichen Frist zum Schluß eines Kalendermonats erstmalig zum 31. März 1929 gekündigt werden.

Für die Betriebe des Arbeitgeberverbandes wurde ein ähnlicher Schiedsspruch gefällt und der Mindestlohn ebenfalls auf 81 % festgesetzt. Ferner wurde die Wiedereinstellung in derselben Weise geregelt und Maßregelungen dürfen gleichfalls nicht stattfinden. Diese Schiedssprüche erfolgten in später Abendstunden des 4. Mai. Abends begannen die Schlichtungsausschussverhandlungen für die Beilegung der Lohnstreitigkeiten im Tarifgebiet Leipzig. Auch hier bemühten sich unsere Verbandsvertreter, den Schlichter zu überzeugen, daß eine Erhöhung des Mindestlohnes sowie der Affordverdienste und des Mittellohnes für die Metallindustriellen möglich ist und für die Arbeiter und deren Familien eine dringende Notwendigkeit ist. Leider prägte die Arbeitervertreter auch hier taubene Ohren. Es war weder eine Verständigung mit der Unternehmenseite noch eine entsprechende Bereitwilligkeit beim Schlichter zu erlangen. Es ist daher der folgende Schiedsspruch für das Tarifgebiet Leipzig gefällt worden:

1. Unter Beibehaltung der Abstufung nach der bisher geltenden Lohnabelle werden die Ausgangsziffern wie folgt bemessen: a) für Affordbasis 87 % (bisher 83 %), b) für Lohnarbeit 85 %.
2. Beurlaubte erhalten: im 1. Jahr 1/3, im 2. Jahr 1/2, im 3. Jahr 2/3 und im 4. Jahr 3/4 des Spitzenlohnes der Facharbeiter über 23 Jahre.
3. Den Arbeitern, deren normale Arbeitskleidung unter der Einwirkung von Hitze, Säuren, Dämpfen u. dergl. in kürzester Zeit zerstört wird, muß die jeweils notwendige Schutzkleidung gegeben werden, sofern diesen Arbeitern nicht schon aus diesem Grunde eine Sondervergütung oder ein Sonderzuschlag gewährt wird.
4. Die Ferienregelung für das Jahr 1928 erfolgt in derselben Weise, wie in der Regelung am 1. März 1928 zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen beschlossen und niederschrieben worden ist.
5. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Alle vor dem Streik oder der Aussperrung beschäftigten Arbeitnehmer sind innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach Inkrafttreten dieser Lohnregelung wieder einzustellen. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung sind nicht zulässig. Die Wiedereinstellung bewirkt, daß die Arbeit als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt.
6. Die vorstehende Lohnregelung gilt mit Wirkung vom 1. April 1928 bis auf weiteres. Sie kann unter Innehaltung einer einmonatigen Frist zum Schluß eines Kalendermonats erstmalig zum 31. März 1929 gekündigt werden.

Die Vertreter der Arbeiter konnten diesen Schiedsspruch ihren Kollegen nicht empfehlen, obwohl die Affordbasis für die sächsische Metallindustrie gegenüber dem früheren Schiedsspruch um einen Pfennig erhöht worden ist. Dagegen ist der Mindestlohn für die ständig in Lohn Arbeitenden um einen Pfennig herabgesetzt worden. Der Schlichter hat also einfach eine Teilung vorgenommen und die Höhe wie Affordbasis auf 81 % festgesetzt. Außerdem ist zu beachten, daß für die Lohnregelung der Hüttenarbeiter der durch Schiedsspruch im Dezember 1927 festgesetzte Lohnausgleich — zur Hälfte angerechnet werden kann. Dieser auch nicht zu bestreiten ist, daß diese Regelung gegenüber dem ersten Schiedsspruch eine Verbesserung bedeutet, so ist es doch eine große Benachteiligung, daß gerade die Hüttenarbeiter

jezt weniger Lohnrückstellung bekommen sollen als die übrigen Metallarbeiter. Ferner ist zu beachten, daß für den durch die Arbeitszeitverkürzung entgangenen Verdienst die Arbeiter nur einen Teilausgleich, nämlich die Lohnarbeiter von 50 vS und die Affordarbeiter von 60 vS „des Ausfalls“ erhalten haben.

Für das Tarifgebiet Leipzig kommt in Betracht, daß die Affordbasis mit 87 % noch zu niedrig ist. Die Erhöhung des Mittellohnes, der nach sechswöchiger Beschäftigung eintreten muß, beträgt nur 4 %. Bisher war dieser Mittellohn, der einen Ersatz für Leistungszulage darstellt, auf 88 % festgesetzt. Für die Arbeiter in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes kommt hinzu, daß hier nur eine Lohnrückstellung von 5 %, da bisher der Mindestlohn 76 % betrug, festgesetzt wurde. Für die Metallarbeiter der Kreisbauernschaft Chemnitz beträgt die Erhöhung des Mindestlohnes ebenfalls nur 5 %.

Diese Tatsachen werden es begreiflich erscheinen lassen, daß die Verhandlungskommission die Schiedssprüche nicht empfehlen konnte. In geheimer Abstimmung hat die Arbeitererschaft diesen Schiedsspruch mit einer Mehrheit bis zu neun Zehntel abgelehnt. Dadurch war die Lage für die Unternehmer sehr unangenehm geworden. In unbeteiligten Kreisen, zum Beispiel in der Geschäftswelt, wurde der Ruf nach einer Sicherung des Wirtschaftsfriedens in Sachsen immer lauter. Dies hat offenbar den Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Parteien zu erneuten Verhandlungen einzuladen. Sie fanden am 9. Mai im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Vertreter der Metallindustriellen erklärten, daß sie zu einer Einigung bereit wären, wenn die Erhöhung der Mindestlöhne eine geringere sei als die der Schiedssprüche. Eine solche Zustimmung haben selbstverständlich die Arbeitervertreter deutlich zurückgewiesen. Die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, den Unternehmern ein für die Arbeitervertreter einigermaßen annehmbares Zugeständnis abzurufen, blieben leider vergeblich. Nach mühseligen Rücksprachen beider Parteien mußten auch diese erneuten Verhandlungen als gescheitert beendet werden. Trotz des Einspruchs der Arbeitervertreter erfolgte am 9. Mai die Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich das Reichsarbeitsministerium von den Einwendungen der Unternehmer hat zu sehr leiten lassen. Wenn auch deren Vertreter immer wieder erklärten, daß sie die in den Schiedssprüchen vorgesehenen Lohn- und Verdienstaufbesserungen nicht zahlen könnten, so konnte man dennoch erkennen, daß ihnen eine Verbindlichkeitsklärung nicht „ganz unangenehm“ war. Leider ist nun auch dieser Lohnkampf gleichfalls „im öffentlichen Interesse“ durch die Verbindlichkeitsklärung beendet worden. Eine Verbindlichkeitsklärung, die den nur zu berechtigten Ansprüchen der Arbeitererschaft keineswegs gerecht wird. Gewiß ist der Kampf nicht erfolglos gewesen. Gewiß erklärten die Unternehmer, keinen Pfennig bewilligen zu wollen, und sie müssen nun jedem Arbeiter jede Stunde eine Anzahl von Pfennigen mehr zahlen. Allein, der Lohngewinn bleibt hinter dem zurück, was die Arbeiter für ihre Lebensnotwendigkeiten zum mindesten benötigen. Daß eine Verbindlichkeitsklärung von solcher Unzulänglichkeit geschah, ist äußerst bedauerlich, bedauerlich nicht nur vom Standpunkte der Arbeiter, sondern eben auch vom Standpunkte der Wirtschaft selbst. Denn durch die zu geringen Zugeständnisse wird weder die Schaffensfreude noch der Warenabsatz gesteigert. Was beides dem unerlässlich dünkt, dem es um die Blüte der Wirtschaft zu tun ist.

Im öffentlichen Interesse sind die Schiedssprüche für verbindlich erklärt worden. Das Reichsarbeitsministerium scheint, wie seine schiedsrichterlichen Ergüsse zeigen, mit dem öffentlichen Interesse nur den Profit der Unternehmer im Auge zu haben. Dies mußten wir schon wiederholt feststellen. Hierin wird ein Wandel zum Besseren auch nicht eher eintreten, als im Reichsarbeitsministerium ein Wandel in den Personen und in der Gesinnung vor sich gegangen ist. Um diesen so bitter notwendigen Wandel herbeizuführen, bedarf es neben einer guten Gewerkschaft eines anderen Kräfteverhältnisses im Reichstage. Dies zu ändern, im Sinne der Arbeiterschaft zu bessern, muß bei der kommenden Reichstagswahl mit allen Kräften erstrebt werden. Am 20. Mai können die Arbeiter dadurch, daß sie mit ihren Frauen einhellig für die Sozialdemokratie stimmen, dafür sorgen, daß es künftig bessere Schiedssprüche und bessere Verbindlichkeitsklärungen gibt. Das heißt, daß dem Arbeiter mehr von den Gütern zuteil wird, die er erzeugt.

### Lohnerhöhungen Preiserhöhungen

Die Meinung, daß auf Lohnerhöhungen stets Preiserhöhungen folgen müssen, gehört in der bürgerlichen Gesellschaft zum wichtigsten Bestandteil wirtschaftlichen Denkens. Die unseligen Jahre von 1914 bis 1924 werden die Hirne der Unternehmer noch lange befeuchten. Man hat nämlich in dieser Zeit gelernt, aus der Lohnbewegung ein Geschäft zu machen. Die Verhältnisse spielten sich damals in folgenden Formen ab: Eine Lohnrückstellung folgte eine Preiserhöhung auf dem Fuße. Der Geschäftswandel oder die ersten Arbeiter übernahmen die e Erhöhung

mit einem Zuschlag, der Mittel- und Kleinhandel tat das gleiche. Zum Schluß hatten sich die Waren ganz wesentlich verteuert, und zwar weit über den Satz der erhöhten Löhne hinaus. Wenn der Gang der Dinge heute auch nicht mehr in dem Ausmaß erfolgt, so ist es aber nicht wesentlich anders. Das einzige Gemmais bietet der in- und ausländische Wettbewerb, soweit dieser überhaupt vorhanden ist.

Ein besonderes Kapitel bietet der Kohlenbergbau. Die Ruhrkohle soll eine Preiserhöhung erfahren. Der Hauptgrund hierfür wird in der Lohnrückstellung der Bergarbeiter gesucht. Auch die Bergarbeiter verlangten eine Erhöhung ihrer Verdienste; auch sie wollten angesichts des immer teurer werdenden Lebensbedarfs für ihre harte Arbeit einen höheren Lohn. Die Bewegung endete mit einem Schiedsspruch, der den Bergarbeitern eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Löhne von 8 vS brachte. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Der Widerstand der Unternehmer war eigentlich gering. Sie haben auch nicht falsch spekuliert, wenn sie annahmen, daß diese Lohnbewegung den Anlaß gebe für Kohlenpreiserhöhungen. Der Reichskohlenrat hat dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat die Ermächtigung erteilt, eine Preiserhöhung in der Weise einzutreten zu lassen, daß für den Gesamtablass je Tonne ein Mehrerlös von 1 Mark erzielt wird. Man hat bei der Berechnung das Ergebnis vom Monat März zugrunde gelegt, wo insgesamt 7,26 Millionen Tonnen Ruhrkohle abgesetzt wurden. Die Kohlenverbraucher müssen also allmonatlich eine Preiserhöhung von mehr als 7 Mill. Mark tragen. Nun ist es aber unmöglich, diesen Mehrbetrag auf den gesamten Absatz umzulegen. In Frage kommt nur das sogenannte unbestrittene Gebiet. Bestrittene Gebiete nennt man die, wo die deutsche Kohle mit der ausländischen in Wettbewerb steht. Das ist vor allem der Auslandsabsatz und hierzulande Gegenden wie die Küstengebiete, wo namentlich die englische Kohle vorzudringen vermag. Somit muß die gesamte Erhöhung allein von dem unbestrittenen Gebiet getragen werden. Hier ergibt sich eine Kohlenpreiserhöhung von durchschnittlich 13 vS, ja, teilweise geht sie über 20 vS hinaus. Das unbestrittene Gebiet macht ungefähr 40 vS des Gesamtabsatzes aus.

Diese Kohlenpreiserhöhung soll dazu dienen, die geliebte Mehrbelastung der Reichen durch die Lohnrückstellung auszugleichen. Man berechnet die Mehrgaben an Löhnen mit 75 % je Tonne absetzbare Kohle. Der Reichskohlenrat glaubte die Anträge des Kohlen-Syndikats auch deshalb nicht ablehnen zu können, weil das sogenannte Schmalenbach-Gutachten zu der Feststellung gekommen war, daß für Abschreibungen und die sogenannten Verschleßen mehr Mittel als bisher bereitgestellt werden müßten. Wir haben uns leider zu sehr angewöhnt, indermähig zu denken. Was im allgemeinen Leben der Index ist, ist für die Industrie die Frage der Selbstkosten. Es ist den Bergbauunternehmern natürlich sehr angenehm gewesen, von einer außerhalb ihrer natürlichen sehenden Körperschaft bestätigt zu erhalten, daß der Ruhrbergbau unrentabel arbeitet. Die Schmalenbachkommission hat bereits vor der Lohnrückstellung der Bergarbeiter einen Verlust von 27 % je Tonne errechnet. Der Genosse Dr. Baade, der der Schmalenbachkommission angehört, hat ein Sondergutachten erstattet. Aber auch er kommt nur zu einem verhältnismäßig kleinen Gewinn von 53 % je Abgabestelle. Es ist außerordentlich schwer, von außerhalb genaue Berechnungen der Selbstkosten zu geben. Und man sollte sich in Zukunft hüten, sich weiterhin auf dieses Glatteis laden zu lassen.

Sowohl die Untersuchungskommission als auch der Reichskohlenrat haben durch ihre Gutachten und Entschuldigungen die Meinung gefestigt, daß die Industrie ihre Anlagen und Ergänzungen aus laufenden Mitteln muß erfüllen können. Das ist außerordentlich bedenklich. Früher mußte in solchen Fällen der Anleiheweg beschritten werden. Heute ist es allgemeiner Grundgesetz, gewaltige Summen aus dem Volkseinkommen zur Erzeugung von Produktionsmitteln zu verwenden. Das ist die Selbstfinanzierung der Industrie.

Die deutsche Wirtschaft muß mit der gegebenen Tatsache rechnen, daß einer der wichtigsten Grundstoffe der Wirtschaft, die Steinkohle, verteuert worden ist. Welche Folgerungen diese Kohlenpreiserhöhung nach sich zieht, ist noch nicht zu erschauen. Schon meldet sich die Schwerkereindustrie und verlangt höhere Preise für Eisen. Die Eisenindustrie weist darauf hin, daß sie rund 28 Millionen Tonnen Kohlen jährlich verbraucht; durch erhöhte Kohlenpreise mithin eine Erhöhung der Unkosten um 28 Mill. Mark erfolgt. Wie liegen hier die Dinge? Kohlenbergbau und Schwerereindustrie sind betrieblich und organisatorisch eng miteinander verbunden. Die Besitzer sind bei beiden zum allergrößten Teil dieselben. Die Kohlenpreiserhöhung soll von den Konsumenten des unbestrittenen Gebiets in voller Höhe getragen werden. Somit stellt sich der Vorstoß der Schwerereindustrie als ein starker Bluff heraus. Doch wie dem auch sei, wenn auch noch eine Eisenpreiserhöhung in Kraft tritt, dann wird sich die Preiserhöhungswelle mit derartigem Wucht in Bewegung setzen, daß an ein Aufhalten kaum zu denken ist.

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich unaufhörlich in dem Dilemma: auf Lohnerhöhungen müssen Preiserhöhungen folgen. Andere Länder, wir verweisen hier nur auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika, haben längst den Beweis geliefert, daß es auch anders geht und Lohnerhöhungen nicht notwendigerweise zu Preiserhöhungen zu führen brauchen. Es ist nur ein gewisses Maß von Organisationsfähigkeit, von wahrer Wirtschaftsführung notwendig, um die Produktionskosten anderweitig zu senken und die durch die Lohnrückstellungen erreichte Konsumstärkung fruchtbringend auf die gesamte Wirtschaft wirken zu lassen. Das scheint in dem Lande, das mit „genialen“ Wirtschaftsführern gesegnet ist, nicht möglich zu sein.

### Zechensterben

Die Zeche Deimelsberg wird stillgelegt. Das bedeutet sofortige Arbeitslosigkeit für etwa 300 Bergleute, die bereits entlassen sind, und für weitere 200, die jetzt noch im Bergbau beschäftigt sind, in die ersten 4 Wochen. Abgesehen von rund 350 Mann, die in Voraussicht des kommenden während der letzten drei Monate schon freiwillig gegangen sind. Außerdem wird wahrscheinlich die benachbarte Zeche Zentrum IV/VI, die von Deimelsberg mit Strom und Luft versorgt wurde, ebenfalls zum Stillliegen kommen, womit abermals 1350 Mann auf der Straße liegen werden, obgleich Zentrum IV/VI nicht nur rentabel, sondern sogar sehr günstig arbeitet. Von 200 000 Tonnen im Jahre 1922 ist ihre Förderung auf 450 000 Tonnen im letzten Jahre angewachsen ohne nennenswerte Vermehrung der Belegschaft. Die durchschnittliche Schichtleistung auf den Kopf der Belegschaft betrug 1922 nur 0,6 Tonnen, 1927 dagegen über 1,2 Tonnen, ist also mehr als verdoppelt. Und all das muß ausgegeben werden.

Warum? Wer ist schuld daran? Selbstverständlich die Arbeiter mit ihren Lohnforderungen. Schon liest man in der Kapitalpresse rührende Abhandlungen, die in die Richtung weisen: „daß bei weiteren Lohnerhöhungen ein neues Zechensterben an der Ruhr beginnen“ werde. Aber kriegen denn die Lumpen so viel?

Nach den eigenen Angaben der Zechenverwaltung ist der Höchstlohn an die Kohlenhauer gezahlt Lohn ungefähr 9,50 M die Schicht. Das stimmt mit den sonstigen Meldungen überein, bleibt noch eine Kleinigkeit hinter dem Durchschnitt des Ruhrreviers zurück. Der Durchschnitt betrug Ende 1927 9,65 M für die Dauer allein, 8,37 M für die gesamte Belegschaft. (Darin liegt also, daß große Teile der Belegschaft weniger als 8,37 M bekommen haben.) Dies ist nun aber, wohlgemeint, der gesamt Lohn, schon eingerechnet sind Überschichten, Kinderzuschläge, Urlaubsvergütung, kurz alles, was den Lumpen tatsächlich ausbezahlt worden ist. Und nun wollen wir rechnen.

Die das Jahr über verfahrenen Schichten erreichen annähernd die Zahl 275. Demnach verdiente der Kohlenhauer im Jahre 1927 insgesamt 2612,50 M, was auf die Woche etwa gerade 50 M ausmacht. Für die ganze Belegschaft aber kommt nur ein Durchschnitt von 2301,75 M im Jahre oder ungefähr 44,30 M die Woche heraus, wobei wieder zu beachten, daß dies der Durchschnitt ist; viele haben also weniger als das gehabt.

Nun ist an dieser Stelle wiederholt ausgerechnet worden, daß auf Grund der amtlichen Zahlen der notwendige Lebensunterhalt einer kleinen Proletarierfamilie (mit nur zwei bis drei Kindern) heutzutage 63 M die Woche kostet, und so beweist auch dieses Beispiel wieder, wie flagrant weit die Entlohnung hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Und das soll noch zu viel sein! Das soll schuld sein am Erliegen der Zeche! Wenn das wahr ist, so folgt daraus nur einmal mehr, daß auf kapitalistische Weise die Wirtschaft nicht mehr weiter geführt werden kann. Nur zwei Drittel dessen, was sie brauchen, gewährt der Kapitalismus den Arbeitern, und das ist schon so viel, daß er dabei nicht bestehen kann!

Aber an anderen Stellen hat er Geld genug zur Verfügung. Auf die Zeche Kohlen berechnet macht der Lohn im Jahre 1927 nicht mehr als 8,50 M aus. Dies ist der Durchschnitt des ganzen Ruhrreviers und wird wohl auch auf Deimelsberg zutreffen, da wir ja gesehen haben, daß der Lohn dort ungefähr dem Ruhrdurchschnitt entspricht. In den ganzen vier Jahren von 1924 bis 1927 sind die „Kohlen“ nur von 7,45 auf 8,50 M je Tonne oder um 14 vH gewachsen. Dagegen ist die Schuldzinslast (der Gewerkschaftsbeitrag der Unternehmer) innerhalb des einzigen Jahres 1927 von 55 auf 133 vH, das heißt um volle 151 vH gestiegen. Sollte nicht vielleicht die Schuldzinslaststeigerung mehr zum Erliegen von Deimelsberg gewirkt haben als der Arbeitslohn?

Weiter. Wer da hört, wie innig Deimelsberg mit Zentrum IV/VI verbunden ist, der wird als Unbefangener sofort auf den Gedanken kommen: warum verbindet man sie nicht ganz und gar? Warum macht man nicht eine gemeinschaftliche Zentralanlage aus beiden oder für beide? Das wäre doch eine Rationalisierung vornehmer Art und würde zweifellos die Unkosten fast vermindern. — Die Antwort findet man in den Presseberichten. Möglich wäre eine solche Vereinigung, aber sie würde annähernd 6 Millionen Mark kosten, und die will niemand einschleppen, weil — doch wir wollen ein paar Zeilen aus einem bürgerlichen Blatt wörtlich zitieren:

„Für die Lebensfähigkeit der einzelnen Lagerkapitalien spielt die Höhe des von ihnen zu verzinsenden Anlagekapitals eine wichtige Rolle. Eine Grube ist lebensfähig, solange sie mit den vorhandenen Anlagen weiterarbeiten kann. Sie kann aber ihre Wirtschaftlichkeit einbüßen und zum Erliegen kommen, wenn beispielsweise Kapitalanlagen zu errichten und damit größere Anlagekapitalien zu verzinsen sind.“

Wozu da was, Prolet? Die Zinsen für das Kapital spielen bei den Unkosten ebenfalls eine große, eine entscheidende Rolle. Und dazu kommen die Abschreibungen, die Deimelsberg „nur“ mit 125 M je Tonne berechnet. (Der Jahre meilich, daß Darpen 130 M ansetzt und daß Herr Silberberg 145 M für notwendig erklärt.) Wie hoch die Zinsen sind, auf die Zeche Kohlen bedacht, das wird nicht mühevoll sein. Wenn wir aber richtig rechnen und die Zinsen, die Schuldzinslast sowie einen Teil der Abschreibungen auf die Seite des Kapitalgewinnes setzen — denn es kann doch dem Arbeiter wie der Allgemeinheit höchlich gleichgültig sein, ob die Unternehmer ihre Überschüsse zur Bezahlung von Zinsen oder was sonst verwenden — dann sind die „Unkosten“ einschließlich der Löhne, Sozialbeiträge und Steuern kein geringe, sondern gewaltige Überschlag und Spielraum zu lassen.

Bei alledem wollen wir aber nicht vergessen, daß die Unternehmer letzten Endes doch Recht haben. Sie können in der Zeit nicht anders rechnen, als sie es tun. Sie müssen auf Rentabilität, auf Gewinn abzielen. Deshalb müssen sie das Kapital verzinsen, in Abschreibungen einen Teil des Gewinnes verschütten, einen anderen Teil in Schuldzinsen stecken, und müssen das alles auf Kosten des Arbeitslohnes herausgeben. Da nun jedoch die Arbeiter, und wenn sie noch so große Lohner oder Geld sind, sich das nicht fröhlich gefallen lassen können, sondern noch Erhöhung des Lohnes fordern müssen, so geht die Sache notwendig an irgendeiner Stelle zu Bruch. Es mag dann wenig aus, ob man die „Schuld“ am Verschwinden der Arbeiter oder den Kapitalisten zuschreiben will. Tatsache ist ansonsten, daß ein und der selbe Lohn empfangen, daß es mit diesem Lohn ausreicht, das keine Zinsen noch Profite zahlt, auch keine Schuldzinslasten bringt und an Stelle der Abschreibungen ein Teil der Erneuerung der verbrauchten Apparate zu ihren wirklichen Kosten zahlt.

Julius

## Gut gebrüllt, Löwe!

### Betrachtungen zur Bilanz der Ludwig Loewe & Co., AG., Berlin

Die Ludwig Loewe & Co. AG., Berlin, beschäftigt in ihren großen Werkzeugmaschinenbetrieben in Berlin-Gratow rund 4000 Arbeiter und Angestellte. Damit ist aber die Bedeutung dieses Unternehmens, das seit der im Februar dieses Jahres erfolgten Kapitalerhöhung mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark arbeitet, bei weitem nicht erschöpft.

Das seit dem Jahre 1869 bestehende Unternehmen, das in der Vorkriegszeit nur mit einem Aktienkapital von 7,5 Millionen Mark arbeitete, hat eine ganze Reihe von früher betriebenen Fabrikationszweigen (Mähdmaschinen, Waffenfabrikation, Elektrizitätsbetriebe usw.) in besondere Gesellschaften umgewandelt, an denen die Ludwig Loewe & Co. AG. weiter mit großem Aktienbesitz beteiligt blieb. In der jetzt vorgelegten Bilanz für das Geschäftsjahr 1927 wird der Effekt und Beteiligungsbestand mit 11 548 368 Mk. ausgewiesen, das sind 75 vH des im Jahre 1927 noch 15 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals, das sind mehr als 40 vH der rund 27,2 Millionen Mark betragenden Bilanzsumme.

Die Ludwig Loewe & Co. AG. hat ihre Abteilungen für elektrische Maschinen und Apparate schon im Jahre 1899 an die damalige Union Elektrizitäts-Gesellschaft verkauft, die später in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft aufging. Die Waffenfabrikationsbetriebe wurden in die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG. umgewandelt, die sich jetzt Berlin-Karlshagen Industriewerke nennen. An den Betrieben der Knorr-Bremse AG. in Berlin und der Süddeutschen Bremsen AG. in München war die Ludwig Loewe & Co. AG. ebenfalls maßgebend beteiligt. Dieser Besitz wurde im Jahre 1926 an die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen AG., Berlin, verkauft. Mit diesem bedeutenden Unternehmen, das mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark arbeitet und in den letzten Jahren 10 vH Dividende verteilt hat, besteht eine weitgehende Gemeinschaft, an den meisten Geschäften der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen ist die Loewe AG. maßgebend beteiligt. Die Knorr-Bremse AG. wurde beim Verkauf der Aktien verpflichtet, auf mehrere Jahre hinaus ihre Aufträge auf Werkzeugmaschinen der Loewe AG. zu erhalten. Weiter sind unter den Beteiligungen Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und sämtliche Anteile der Schmalzmaschinenfabrik Typograph G. m. b. H. enthalten, die am laufenden Band eine Seppmaschine herstellt, die trotz gewisser Nachteile für den bedienenden Arbeiter, der an dieser Maschine im Gegensatz zu allen anderen Seppmaschinen stehen muß, gut eingeführt ist.

Alle diese Beteiligungen stellen einen überaus wertvollen Besitz dar. Alle diese Unternehmungen haben Jahr für Jahr gute Dividenden gezahlt. Der Kurswert der Aktien hat sich seit 1924 vervier- und vervielfacht, was alles nicht im geringsten in der Bewertung des Effektenkontos zum Ausdruck kommt. Im Gegenteil, das Konto Effekten und Beteiligungen hat sich gegenüber dem Vorjahre sogar um rund 800 000 M vergrößert. Im einzelnen ist nicht bekannt, wie hoch der Kennwert der Beteiligungen an den genannten Gesellschaften ist. Es bestehen außerdem noch zahlreiche kleinere Beteiligungen. Alles in allem dürfte der innere Wert der Beteiligungen mindestens doppelt so hoch sein als die 11,5 Millionen Mark, wie sie die Bilanz ausweist. Die Gesellschaft hat sich also hier stille Reserven geschaffen, die gut und gern die Hälfte des jetzt 20 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals ausmachen.

Der Gewinn aus all diesen Beteiligungen wird nicht besonders, sondern zusammen mit dem Fabrikationsgewinn ausgewiesen. Als Gesamtertrag werden 4 046 921 M genannt. Diese Summe ist fast genau so groß wie im Vorjahre, der Unterschied beträgt nur rund 50 000 M, obgleich im ersten Halbjahr 1927 in weitem Umfange nur verürzt gearbeitet wurde. Erst seit Juli 1927 ist die Belegschaft wieder voll beschäftigt. Schon im Geschäftsbericht für 1926 wurde eine Besserung der Absatzverhältnisse festgestellt, im jetzt vorliegenden Jahresbericht heißt es, daß diese Absatzsteigerung bis zum Schlusse des Jahres angehalten habe und daß nicht nur die inländischen Abnehmer große Aufträge erteilt haben, sondern daß auch im Auslande die

Rachfrage nach den Erzeugnissen der Ludwig Loewe & Co. AG. reger geblieben ist. Die Höhe des Umsatzes wird natürlich nicht genannt. Die Verwaltung behauptet in ihrem Bericht, daß in der Fabrikation nur ein geringer Gewinn erzielt worden sei, der in keinem Verhältnis zu der durch den Ausbau der Verkaufsorganisation erreichten beträchtlichen Umsatzsteigerung stehe. Aber allein aus den Beteiligungsergebnissen ist die Loewe AG. in der Lage, noch auf Jahre hinaus eine Dividendenzahlung in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten. Für 1924 wurden 8 vH, für 1925 und 1926 je 10 vH und für 1927 wieder 10 vH verteilt, wofür bei dem für das Jahr 1927 noch geltenden Aktienkapital von 15 Millionen genau 1,5 Millionen Mark erforderlich sind. In der Generalversammlung vom Mai des vergangenen Jahres wurde der Besitz der Ludwig Loewe & Co. AG. an Aktien der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen allein mit 7 Millionen Markwert angegeben, was bei 10 vH Dividende schon allein die Hälfte der für die Dividendenausüttung erforderlichen Summe einbringt. Die Kursnotiz für diese Aktien beträgt zurzeit über 280 vH, das sind allein rund 20 Millionen Mark. Man vergleiche damit das oben über das Beteiligungskonto Gesagte.

Weiter geht die günstige Lage der Gesellschaft daraus hervor, daß trotz Neuananschaffungen von rund 1 1/2 Millionen Mark in den beiden letzten Jahren das gesamte Betriebsinventar, die Maschinen, Modelle, Werkzeuge, Einspannvorrichtungen und Lehren, sämtliche Utensilien sowie schließlich der gesamte Fuhrpark mit einer Mark zu Buche stehen. In welchem Umfange der ziffermäßig nicht genannte Umsatz gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist, vermögen wir aus einem Vergleich der Bilanzen der beiden letzten Jahre erismagern zu schätzen. Die Aufwände Ende 1926 betragen „nur“ 1,3 Millionen Mark, Ende 1927 aber stehen für gelieferte Waren 3,88 Millionen Mark aus; außerdem hat sich der Bestand an Kundenwechseln von 230 000 Ende 1926 auf 1 507 000 Ende 1927 erhöht, so daß Ende 1927 Forderungen im Gesamtbetrag von 4,88 Millionen Mark vorhanden waren gegenüber 1,5 Millionen Mark ein Jahr vorher. Aus diesen Zahlen, die noch nichts über die bereits abgewickelten Geschäfte und auch nichts über den Auftragsbestand besagen, dürfen wir glatt eine Verdreifachung des Umsatzes herauslesen.

Die auch in diesem Jahresbericht wiederkehrende Klage über die steigenden Löhne und die drückenden öffentlichen Lasten ist hier noch mehr als sonst unberechtigt. Die Ludwig Loewe & Co. AG. besitzt in ihren Wertpapieren und Beteiligungen einen ungewöhnlich starken Rückhalt, der es dem Unternehmen ermöglicht, selbst über Jahre schlechten Geschäftsganges und ganz geringer Fabrikationsgewinne hinwegzukommen, ohne eine Schmälerung der Dividende eintreten lassen zu müssen. Mit Leichtgläubigkeit wäre es weiter möglich, in der Bilanz Rückstellungen vorzunehmen, um auch die Arbeiterchaft über schlechte Zeiten durchhalten zu können. Statt dessen erleben wir im vergangenen Jahre bei diesem Unternehmen, daß monatlang nur vier Tage in der Woche gearbeitet wurde, erleben wir heute, daß ältere Arbeiter und Angestellte, die jahrzehntlang dem Unternehmen ihre besten Kräfte geopfert haben, als zu alt und zu teuer auf die Straße fliegen. Die Ludwig Loewe-Stiftung, die ausschließlich in der Bilanz prangt und deren Vermögen die jetzige Bilanz mit 2 425 000 M ausweist, ist — soweit daraus Unterstütionen in dringenden Notfällen gewährt werden — gut und schön. Besser wäre, wenn derartige Hilfe in aller Stille geschähe, ohne alljährlich in der Bilanz damit zu prunken. Die Zeiten sind endgültig vorbei, wo die Arbeiterchaft den Unternehmern gegenüberstand wie Bettler und Wohlthäter. Wie die Befassung verheißt, will die Arbeiterchaft heute „gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken“. Wenn dieses Grundrecht der Arbeiterchaft in vollem Umfange verwirklicht ist, dann werden die Bilanzen und Geschäftsberichte der deutschen Industrieunternehmen ein anderes Bild zeigen.

Julius Fries

### Beschäftigungsgrad anfangs Mai

Wozu wir das kann die Gesamtfrage der deutschen Wirtschaft als befriedigend bezeichnet werden. Gewiß läßt das Inlandsprodukt vielfach etwas nach. Dieser Umstand kann allerdings, wie wir glauben, abgemildert werden, je mehr das Herr der Arbeitlosen sich vermindert. Der Arbeitsmarkt zeigt eine merkwürdige Besserung. Einem günstigen Geschäftsgange entsprechen sich insbesondere die Elektroindustrie, einige Zweige der chemischen Industrie, die Maschinenindustrie, Spezialerzeugnisse der Metallindustrie und einige andere. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in den Konsumgüterindustrien eine verschlechterte Lage bemerkbar macht, die Nachfrage nachläßt und demnach der Beschäftigungsgrad beeinflusst wird. Da ist es ein sehr günstiges Zeichen, daß die Ausfahrtsindustrie nach wie vor eine steigende Linie zeigt. Dadurch kann die fehlende Inlandsnachfrage zum Teil wettgemacht werden. Die deutsche Industrie beugnet sich erwartungsvoll auf den Weltmarkt darzutun. Daß die Wirtschaftslage auch in Zukunft noch günstig bleiben wird, darauf deuten verschiedene Merkmale hin. So hat zum Beispiel der Güterverkehr auf der Reichsbahn im März gegenüber dem Vormonat arbeitsmäßig um 6 vH zugenommen. Auch im April hat der Warenumschlag die Höhe des Vormonats beibehalten.

Im Rohlebensbedarf der Inlandsabnehmer leicht zurückgegangen, der Beschäftigungsgrad blieb unverändert befriedigend. Der Inlandsbedarf der Eisen- und Stahlindustrie war zum Teil befreit, der Beschäftigungsgrad befriedigend. Die Maschinenindustrie hat einen weiter befriedigenden Geschäftsgang, der Beschäftigungsgrad und der Inlandsbedarf haben sich etwas gebessert. In der Metallwarenindustrie ist der Beschäftigungsgrad und der Absatz unverändert befriedigend. In der Aluminiumindustrie läßt der Absatz nach, der Beschäftigungsgrad ist dementsprechend. Der Beschäftigungsgrad der Automobilindustrie ist im allgemeinen zufriedenstellend, der Absatz befriedigend. Es herrscht starke Nachfrage nach kleinen Fahrzeugen. Einem guten Beschäftigungsgrad und einem lebhaften Inlandsbedarf hatte die Elektroindustrie zu verzeichnen. Die Fahrradindustrie zeigt aber mangelnde Beschäftigung und ungenügenden Absatz. In der Spezialerzeugnisseindustrie war der Beschäftigungsgrad ungenügend und der Absatz unbefriedigend. Die chemische Industrie hat steigende Umsätze namentlich in Spezialmitteln. Im Handwerke hat sich die Beschäftigung gebessert, ist aber noch keineswegs als befriedigend zu bezeichnen. Die Lebensmittelindustrie hat einen steigenden Beschäftigungsgrad, der Absatz ist befriedigend. In den Glasereien ist der Absatz normal, der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. Die Beschäftigung in der Holzindustrie ist im ganzen leicht rückgängig, der Absatz nachlassend; nur für Bauhölzer besteht in der Papierindustrie ist die Beschäftigung und der Absatz befriedigend. In der Lederindustrie ist der Beschäftigungsgrad und der Absatz

sind im ganzen noch für einige Zeit beschäftigt, doch wird schon teilweise Kurzarbeit geleistet; Neuaufträge werden zurückgehalten. Die Lederindustrie ist im allgemeinen befriedigend beschäftigt und hat einen zufriedenstellenden Absatz. Der Beschäftigungsgrad der Schmelzindustrie ist eingeschränkt, der Absatz ist nicht befriedigend. Die chemische Industrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und einen befriedigenden Inlandsbedarf.

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat sich mithin bis Anfang Mai auf dem bisherigen Stand gehalten. Im einzelnen sind allerdings Veränderungen vorgekommen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß in den nächsten Monaten eine wesentliche Verschlechterung eintreten wird.

### Kraftiges Vorwärtsschreiten der Arbeiterbank

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. kürzlich ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 vorgelegt. Während man den Geschäftsbericht durch, so sollte man meinen, es hier mit einem Unternehmen zu tun zu haben, das eine jährliche Umsatzziffer hinter sich hat. Dabei wurden es im März erst fünf Jahre, seitdem die Arbeiterbank unter dem Namen „Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft“ gegründet wurde. Das eingezahlte Kapital betrug bei der Gründung im März 1923 10 000 Goldmark, heute hat die Arbeiterbank ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark und einen Bestand an offenen Reserven von mehr als einer Million Mark.

Bezüglich des geschäftlichen Ergebnisses der Arbeiterbank laut folgendes: Der Umsatz für das abgelaufene Jahr betrug 135 Millionen Mark, der Einlagenbestand rund 79 Millionen Mark am 31. Dezember 1927 gegen rund 35 Millionen Mark bei Beginn des Jahres. Der Reingewinn stieg auf 903 875,36 M. Es wurde eine Dividende von 10 vH gleich 400 000 M ausgeschüttet. Dem geschäftlichen Reserfonds wurden 300 000 M, dem Spezialreserfonds 150 000 M beigegeben. Die offenen Reserven betragen somit 1 100 000 M, 53 875,36 M wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Arbeiterbank hat zurzeit 32 Vertretungen im Reiche, 12 neue Zohlforderungen im Laufe des Jahres eröffnet. Beachtet man, daß der Einlagenbestand am 1. Januar 1924 200 000 M betrug und am Schlusse des abgelaufenen Jahres 79 Millionen Mark, so ist dies eine Verdoppelung, die in der Geschichte des Bankwesens einzig dastehen dürfte.

Die Hund- und Koffarbeiter haben alle Ursache, sich über die Entwicklung ihres Unternehmens zu freuen. Aber es muß noch gehalten werden, daß eine weitere günstige Entwicklung nur möglich ist, wenn die Funktionäre der Arbeiterbewegung sich auch fern von den Dienst der Sache stellen und alle verfügbaren Gelder der Wirtschaftlichen der sozialen Einrichtungen um der Arbeiterbank zugunsten werden.



## Technische Betrachtungen zum deutschen Ozeanflug

Für die erfolgreichen deutschen Ozeanflieger stand von Anfang an bei der technischen Durcharbeitung des ganzen Flugplanes die Brennstofffrage weitaus im Vordergrund. Das Brennstofftechnische Durchhalten des Fluges war mit das Entscheidende. Zunächst galt es, das Gesamtgewicht des Flugzeuges zugunsten des Brennstoffes auf das kleinste Minimum herunterzubringen. Demgemäß fiel auch die Wahl auf das leichtere Landflugzeug an Stelle des eigentlich gegebenen Seeflugzeuges. Dieser mit voller Überlegung gefasste Entschluß, lediglich zugunsten der mitführbaren Brennstoffmenge das im Gesamtgewicht leichtere Landflugzeug an Stelle des schweren Seeflugzeuges zu wählen, hat durch den Erfolg die Bestätigung seiner Richtigkeit gefunden. Aller Voraussicht nach hätte eine Notlandung der Flieger mit einem Seeflugzeug im freien Ozean kaum eine Rettung bedeutet, abgesehen davon, daß eine derartige Landung in einem Seesturm ohnehin praktisch kaum durchführbar ist. Aus den Gründen der Gewichtfrage wählten die Ozeanflieger auch nur einen einzigen Motor, so daß die geringste motorische Störung aus Mangel eines Ersatzmotors, der das Gewicht des Flugzeuges wesentlich vergrößert hätte, zum sicheren Untergang des Flugzeuges führen mußte.

Alles war also auf die Brennstofffrage eingestellt, da vom Brennstoff und der mitführbaren Menge das Gelingen des Ozeanfluges im technischen Sinne im wesentlichen abhing. Bei dem zur Verwendung gekommenen Junkers-Flugzeug, Bauart W 33, handelt es sich um einen verspannungslosen freitragenden Tiefdecker, um ein Post- und Frachtflugzeug, ganz aus Duralumin hergestellt. Lediglich für die Verbindungsstellen zwischen Rumpf und Tragfläche gelangte hochwertiger Stahl zur Verwendung. Gleich allen Junkers-Flugzeugen besteht auch bei dem Amerika-Flugzeug die Tragfläche aus Rohrholm. Der auf das Flächenmittellstück aufgebaute Rumpf setzt sich aus einigen Hauptspannen zusammen, die durch Duraluminprofile verbunden und mit Wellblech beplankt sind. Der benutzte 280/310 PS Junkers-Flugmotor, Bauart L 5, ist vorn mit einem Ganzmetall-Einstellpropeller ausgerüstet, also mit einer Metallschraube. Der wassergekühlte Sechszylinder-Vieraktmotor arbeitet mit 1500 Umdrehungen in der Minute. Der Verbrauch stellt sich auf 7 bis 10 g/PS in der Stunde. Das Gewicht des Motors beträgt 315 kg, die Bohrung 160 mm und der Hub 190 mm. Hinter dem Motor befinden sich die beiden Führer mit der Schaltwarte. Eine zwischen den Sitzen befindliche Tür gestattet den Zugang zu dem Frachtraum. Die Abmessungen des Flugzeuges sind im einzelnen: 17,75 m Spannweite, 10,5 m Gesamtlänge und 43 qm Tragfläche. Die normalerweise in die Tragflächen eingebauten Brennstoffbehälter wurden bei der „Bremen“ durch drei im Frachtraum untergebrachte Benzolbehälter ergänzt. Daneben befanden sich 200 kg Öl als Schmiermittel an Bord. An Benzol wurden insgesamt 1900 kg mitgeführt. Da sich das Leergewicht der „Bremen“ auf 2360 kg stellt, betrug das Startgewicht einschließlich Besatzung, Instrumenten und Proviant rund 3700 kg. Das Flugzeug entwickelte bei normalem Wetter eine Reisegeschwindigkeit von rund 150 km in der Stunde.

Da bei dem Ozeanflug ein mit siebenfacher Verortung arbeitender Motor zur Verwendung kam, verbot sich der Benzinbetrieb von selbst. Benzin ist infolge seiner geringen Kompressionsfestigkeit in derartigen Motoren nicht mehr benutzbar. Motoren mit einer siebenfachen Verdichtung erfordern hochkompressionsfestes Benzol. Die Frage, aus welchem Grunde beim deutschen Amerikaflug die Wahl auf einen hochverdichtenden und nicht niederverdichtenden Motor fiel, ist sehr einfach zu beantworten. Der hochverdichtende Motor arbeitet in dem Sinne wirtschaftlicher, daß er weniger Brennstoff für die Pferdekraftstunde gebraucht, so daß mit einer kleineren Brennstoffmenge die gleiche Strecke geflogen werden kann.

Bereits bei dem Dauerflug-Weltrekord im Aug. 1927, der mit dem gleichen Junkers-Motor L 5 bestritten wurde, gelangte das auch bei dem deutschen Amerikaflug benutzte Benzol zur Verwendung, das gegenüber Benzin den wertvollen Vorteil höherer Kompression besitzt. Praktisch gleichbedeutend mit erheblicher Leistungssteigerung und Verminderung des Brennstoffverbrauches. Während beim Benzin die normalen Verdichtungsgrade auf 1 : 5 bis 1 : 5,5 lauten, hat man den für den Ozeanflug benutzten Junkers-Motor auf einen Verdichtungsgrad von 1 : 7 gebracht. Damit entfiel die Betriebsmöglichkeit mit Benzin während der Benzolbetrieb an Ersparnis und Leistungssteigerung einen Vorteil von etwa 10 bis 15 % gewährleistete.

Berücksichtigt man auf Grund einer überschläglichen Rechnung sich über die für den Ozeanflug so entscheidende Brennstofffrage Klarheit zu verschaffen, so ergibt sich etwa folgendes. Nach den Angaben leistet der Junkers L 5 Motor normalerweise max. 310 PS bei einem Brennstoffverbrauch von etwa 210 g/PS je Stunde. Im gewöhnlichen Flug erfährt der Motor eine Drosselung auf etwa 200 PS, wobei sich ein Brennstoffverbrauch von etwa 230 g/PS je Stunde bei einer Fluggeschwindigkeit von 150 km je Stunde ergibt. Der Stundenverbrauch an Brennstoff läßt sich hiernach auf 48 kg, das heißt einen Verbrauch von 320 kg/1000 km berechnen. Da die über den Ozean zurückzulegende Flugstrecke rund 5000 km beträgt, so würde ein normaler Sparflug über den Ozean einen Gesamtverbrauch von rund 1600 kg Brennstoff erfordern. Legt man beim Benzolbetrieb eine mögliche Ersparnis an Brennstoff von 15 % zugrunde, so würde sich einerseits entweder eine Gewichtserparnis von 240 kg Brennstoff oder andererseits eine Vergrößerung des Aktionsradius von rund 750 km ergeben. Erweist sich jedoch die volle Leistung des Motors während des Fluges als notwendig, wie dies starke Gegenwinde oder eine schwerwiegende Maschine notwendig macht, so wird mit einem spezifischen Verbrauch von 210 g/PS je Stunde, das heißt 65 kg je Stunde zu rechnen sein, wobei sich eine Stundengeschwindigkeit von 170 km bei 320 kg Benzolverbrauch auf 1000 km ergibt. Bei letzterer Berechnung erfordert die Flugstrecke von 5000 km einen Gesamtverbrauch von 1900 kg. Legt man die beim Benzol gezielte Gewichtserparnis von 15 % zugrunde, so ergeben sich demgemäß 285 kg Brennstoff oder eine entsprechende Flugradiusvergrößerung.

Nach den Berichten ist angesichts der gekennzeichneten Sachlage in der Brennstofffrage die Feststellung von großem Wert, daß das Benzol den deutschen Ozeanflug technisch gewissermaßen

sicherstellte und den Fliegern mittelbar das Leben rettete. Die Landung auf der kleinen Insel Greenly Island wäre ohne die 15 % Verlängerung des Flugradius nicht möglich gewesen, so daß beim Gebrauch eines andern Brennstoffes die „Bremen“ mit größter Bestimmtheit einige 100 km vor der rettenden Küste im Ozean versunken und verschollen wäre. Unverkennbar zeigt der erfolgreich verlaufene Flug, daß trotz Berücksichtigung aller nur denkbaren Sparmaßnahmen die Berechnung des Brennstoffverbrauches eine sehr knappe war. Die Sicherheitsreserven waren recht schwach und für dauernd ungünstige Windverhältnisse kaum ausreichend.

Dieser Flug gibt Fingerzeige für die künftige Entwicklung des Ozeanfluges im allgemeinen. Zunächst ist eine weitere Verbesserung der Brennstoffausnutzung des Motors und damit gegebene Erhöhung des Flugaktionsradius zu erstreben, wenngleich nach dem gegenwärtigen Stand der Technik die Höchstgrenzen erreicht scheinen. Aber auch die Schaffung weiterer hochwertiger Brennstoffe scheint geboten. Zu den sicher nicht einfach liegenden Problemen des Ozeanluftverkehrs gehört schließlich auch die Organisation von Flugstapfen, etwa in der Form von schwimmenden Tank- und Anhaltstationen, die die Flugsicherheit erhöhen würden. Wohl mit das schwierigste Problem des Ozeanluftverkehrs, der sich schließlich nur dann entwickeln kann, wenn seine Wirtschaftlichkeit sichergestellt erscheint. Das setzt eine größere Passagierförderung voraus, die nach dem gegenwärtigen Stand der Flugzeugtechnik nur dann möglich wird, wenn die an Bord mitzuführen Brennstoffmengen sich wesentlich herabsetzen lassen. Einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit würde nur die Errichtung von schwimmenden Tank- und Anhaltstationen auf See bringen, die allerdings bei praktischer Ausföhrung auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoßen dürften.

Dr. P. Martell

## Von Raketenrennwagen und Raketenflugzeugen

Es hat wohl allgemein übersehen, als bekannt wurde, daß auf der Opelischen Rennbahn in Düsseldorf das erste pulvergetriebene Auto gestartet und durch den Rückstoß der aus Stahlröhren austretenden Pulvergase innerhalb acht Sekunden an das Tempo der Hundertkilometerstunde heranram. Das Raketenprinzip stammt von dem amerikanischen Professor Goddard, der zuerst Untersuchungen und Berechnungen darüber anstellte, ein Geschöß von unserem Planeten nach dem Mond zu schicken. In der Nachkriegszeit wurde das Problem auch in Deutschland von verschiedenen Fachleuten gleichzeitig aufgegriffen: H. Oberth, Die Rakete zu den Planeten; W. Hohmann, Die Erreichbarkeit der Himmelskörper; M. Vallier, Der Vorstoß in den Weltraum; B. Lang, Die Weltraumfahrt. In Frankreich hat jüngst die astronomische Gesellschaft einen Jahrespreis von 5000 Franken gestiftet, der demjenigen zu fallen soll, der die beste, ernst zu nehmende Arbeit auf diesem Gebiete liefert und unsere Kenntnisse der „Astronautik“ erweitert. Wie ersichtlich, gehen die führender Bestrebungen nicht allein dahin, die Raketenkraft dazu auszunutzen, Geschosse auf andere Welten zu schicken, unter anderem in der Richtung die bisherige Schnellleichtigkeit zu überbieten instande sein werden, und Raketenflugzeuge zu bauen, sondern letzten Endes benannte Weltraumfahrzeuge zu schaffen.

Es gibt Theoretiker, die behaupten, nach dem heutigen Stande unserer Wissenschaft sei ein künstlicher Flugkörper, der von einem Stern zu einem anderen nicht gerade ausgeschlossen. Die Mechanik lehrt, daß ein bewegter Körper, der zum Teil aus einem die Antreibungsenergie liefernden Stoff besteht, sehr wohl einen gewissen Betrag seiner Masse weit über jene Grenzen hinausstrecken kann, wo die Anziehungskraft der Erde anhört. Nach Goddards Berechnungen genügt, um ein Geschöß von 1 Kilogramm auf den Mond zu senden, eine Anfangsmasse (Pulverladung) von 602 Kilogramm. Je größer nun der Energiegehalt des Treibmittels wird, um so günstiger gestalten sich die Verhältnisse, und vielleicht gelingt es doch einmal, was durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, die riesenhafte Atomenergie mobil zu machen. Wie dem auch sei, nur das Raketenprinzip allein ermöglicht es jedenfalls, Körper so weit in den Weltraum vorzuschieben.

Unwillkürlich schweben die Gedanken zurück zu Jules Verne's, der seine Reiterchen in einer abgedampften Kannonenregel nach dem Monde befördern wollte; aber sein Vorschlag ist, außer anderen Gründen, auch deshalb nicht durchführbar, weil die Anfangsgeschwindigkeit der Kugel eine so ungeheure sein müßte, daß diese sehr schnell infolge der Luftreibung ins Glücken laufe. Anders bei der Rakete: die Geschwindigkeit nimmt nach und nach zu, und wenn die hohen Werte erreicht werden, ist die Grenze der Atmosphäre bereits überschritten und der freie Weltraum erreicht. Schon in einer Höhe von 120 Kilometer hat nach den Berechnungen das Geschöß oder das Flugzeug nichts mehr zu riskieren, wie groß auch seine Geschwindigkeit sei. Es bleibt natürlich zur Erreichung des hier angebotenen Rieses eines Weltraumverkehrs, das in allerweirter Ferne liegt, noch sehr viel zu tun übrig. Die Lösung des Problems berührt so ziemlich alle Wissensgebiete, die Physik, die Chemie, die Mechanik und Metallurgie und vor allem die Physikologie. Bezeichnend ist immerhin, daß heute solche Probleme ernsthaft beworben werden, während sie früher von beakenden Leuten in dem Reich der ausgedehnten Phantasie verwiesen wurden. Wird es dem nichterrastenden Menschengeist gelingen, dies letzte Ziel noch zu erreichen, wird das Flugzeug seine Reichweiten immer mehr erhöhen und nicht nur von Fögel zu Fögel, von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, von Erdbteil zu Erdbteil fliegen, sondern einst vielleicht unsere Welt noch mit anderen Welten verbinden?

## Die Kunstseidenindustrie

Eine Revolution in der Bekleidungsfrage

Die Kunstseidenindustrie hat eine außerordentlich kurzhafte Entwicklung besonders nach dem Kriege durchgemacht. Heute befinden sich in der ganzen Welt etwa 188 Kunstseidenfabriken. Der Faden der Kunstseide genannt wird, wurde in der heute verwendeten Form nicht erfunden, sondern durch ständige Forschungsarbeiten vervollkommen. Ein französischer Graf mit Namen Charles de la Roche als Erfinder des künstlichen Fadens bezeichnet werden. Die Gründung ging in den 1830er Jahren vor sich. Verwendet wurde eine Lösung von Nitro-Zellulose in Äther und Alkohol. Zwei Deutsche, J. r e m e r y und U r b a n, haben diese Erfindung weiter entwickelt. In Oberdrauburg, in der Gegend von Naumburg, wurde um die Jahrhundertwende von den Vereinigten Glasstoffwerken vertriebt, diese Erfindung industriell auszunutzen. Wenn wir noch einige Namen, die an der Vervollkommenung der Kunstseide Anteil hatten, nennen sollen, so sind es diese: Ein Deutscher mit Namen K o p p e brachte es fertig, aus der mit Visose bezeichneten Flüssigkeit einen technisch

brauchbaren, glänzenden und seidenähnlichen Faden herzustellen. Der Schweizer Geny D r e y f u s und ein Deutscher Donald V e b e r e r erfanden die Azetatseide. Die Cellulose-Azetatseide wurde von einem Österreicher, Dr. V i l l e n s e l d, entwickelt. Die Nitrokonfseide wird hauptsächlich in Deutschland hergestellt, und zwar von der S. P. Bemberg AG. Acht Prozent der gesamten Kunstseidenherzeugung geschieht nach dem Visose-Verfahren. Als Ausgangsmaterial zur Herstellung von Visosekonfseide dient Zellulose, der hauptsächlich aus Fichtenholz gewonnen wird. Bei der Kupferseide sind zwei Herstellungsarten zu unterscheiden, die der gewöhnlichen Kupferoxydammoniakseide und die der Kupferredispersionsseide. Das letztere Verfahren hat sich besonders bewährt und zu dem guten Ruf der Bembergseide beigetragen. Als Rohmaterial dienen Baumwollabfälle (Räuhlinge oder meißens Untert), Baumwollabfälle bilden auch das Ausgangsmaterial des Azetatseidenverfahrens.

Die sogenannte Laifseide, die ein viel schlechterer Wärmeleiter ist als die bisherigen Fadenarten und die bisher ausschließlich für die Erzeugung von Visosegarnen in Frage kam, wird jetzt auch aus Azetatseide hergestellt. Hierdurch besteht die Möglichkeit der Fabrikation einer weit größeren Reihe von Natur- und Kunstmischgeweben, als es bisher der Fall war. Auch der Verarbeitung der Kunstseide mit Baumwolle eröffnen sich durch die Herstellung von Laifseidewisosegarnen unerhebliche Ausblicke, zumal hierdurch ein weit höherer Satz von Kunstseide verarbeitet werden kann als früher. Allerdings kann der Verkaufspreis hierdurch gesteigert werden. Wurde die neu entwickelte Kunstseide zuerst bei den Besatzartikeln, wie Hüben, Spigen, Porten usw. verwendet, so hat sie nach und nach in der gesamten Textilindustrie Eingang gefunden. Schließlich hat sie sich zu jener weitverbreiteten Verwendung von heute entwickelt. Klagen früher die Weber darüber, daß die Kunstseidenfäden zu glatt seien, so lernten sie es bald, sie in vollendeter Form zu verweben.

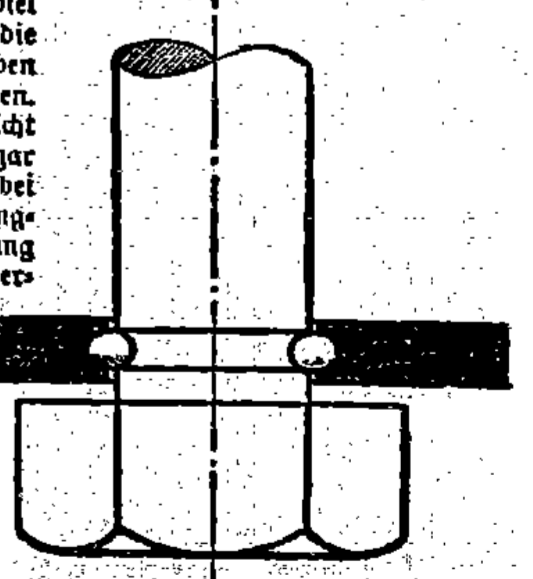
Die leichte, bequem zu tragende, dehnbare, aus Kunstseide bestehende Leib- und Unterwäsche, Hemden, Schlafjäger, Sandhosen usw. für Frauen erfreuen sich der größten Beliebtheit in allen Schichten. Die überwiegende Mehrzahl aller Strümpfe wird aus Kunstseide hergestellt. Die wässernen Herrensocken, wie sie früher getragen wurden, sind nahezu völlig verschwunden. Sind sie nicht ganz aus Kunstseide, dann aus Wolle oder Baumwolle mit kunstseidenem Einschlag. Somit kann sich heute jeder Seidenwäsche anschaffen, ohne erhebliche Mittel dafür aufwenden zu müssen. Nicht zuletzt hätte die Kunstseide ein derartig breites Feld gefunden, weil die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung sich durch die Kulturarbeit der Gewerkschaften nicht unmerklich hob und der Geschmack selbst der armen Leute sich von Jahr zu Jahr verfeinerte. So spiegelt sich hier ein Stück Kulturentwicklung wieder.

Die Kunstseidenindustrie ist international organisiert. Drei Kongresse sind es, die rund 70 % der Weltproduktion beherrschen. Die deutsche Glasstoffgruppe, die englische Countours Ltd. und die Suisa-Visose in Turin (Italien). Glasstoff und Countours kontrollieren die Suisa-Visose. Diese drei Großkongresse haben einen Troß von Tochtergesellschaften. Namentlich kontrollieren sie die Mehrzahl der nordamerikanischen Kunstseidenfabriken. Die Aktien dieser Konzerngesellschaften werden an den Weltbörsen notiert. Ihre Kurse bilden meistens die Spitze. Die Glasstoffaktie wird zuerst an der Berliner Börse mit 750 gehandelt. Die Kunstseidenindustrie zählt in allen Ländern zu den gewinnbringendsten. In Deutschland bilden familiäre Kunstseidenherzeuger ein Kartell, das die Preise und die Absatzbedingungen regelt. Neben den oben genannten internationalen Zusammenschlüssen in Form von Kongressen bestehen noch Abmachungen über den Austausch von Patenten, Regelung der Preise usw. Also eine fast lückenlos geschlossene Gruppenbildung, wie man sie anderswo nicht findet. Welche Entwicklung die Kunstseide genommen hat, dafür nur einige Zahlen: Die Weltproduktion an Kunstseide betrug 1913 11 Millionen Kilogramm, im Jahre 1927 war sie auf 120 Millionen Kilogramm angewachsen. In diesem Jahre erhoht man noch eine gewaltige Steigerung.

Die Kunstseidenindustrie bietet den Beweis dafür, daß die Menschheit sich immer mehr von den natürlichen Rohstoffen der Natur unabhängig zu machen beginnt. Es wird erfolgreich der Versuch gemacht, die Natur durch die Kunst zu übertrumpfen. Wie wir durch Lebererbstoffe die Farbstoffe der Natur nicht nur erreichen, sondern weit überhol haben, so ist vielleicht auch der Augenblick nicht mehr fern, wo es der Menschheit im Grunde um der Chemie gelangt, sich in der Bekleidungsfrage von den Fäden der Natur unabhängig zu machen. Nicht mehr werden Schafwolle, Flachs, Naturseide oder Baumwolle die Bekleidungsstoffe der Zukunft sein, sondern die Menschheit wird zu ihrem Schutz und ihrem Schmutz vorzugsweise künstliche Fäden benutzen, die in einem Gemisch von Nahrung und Stoffen und in surrenden Maschinenjalen hergestellt werden. Der Stoff wird die aus Fichtenholz gewonnene Cellulose sein. Diesen Stoff bieten unsere Wälder in Fülle. Somit könnten wir uns von den Weltmonopolen der Baumwollländer unabhängig machen. Eine technische Erfindung vermochte die Bekleidungsfrage der Menschheit zu revolutionieren. Es ist nur darüber zu wachen, daß diese große Errungenschaft allen Menschen zugute kommt.

## Die unverlierbare Unterlegscheibe

Man würde bei Montagearbeiten manchen Ärger und viel Zeitverlust sparen, wenn die Schrauben ihre Unterlegscheiben nicht so gern verlieren würden. Angepreßte Scheiben helfen nicht immer und sind häufig auch gar nicht verwendbar, namentlich bei Schrauben an schwer zugänglichen Stellen. Unsere Abbildung zeigt eine Schraube mit unverlierbarer Unterlegscheibe. Schraube und Scheibe erhalten einfach eine halbkugelförmige Hülse und in die Rille der Scheibe wird ein leicht federnder Draht eingelegt. Die Scheibe kann dann nicht von selber herunterfallen, läßt sich aber, wenn es gewünscht wird, bis auf das Gewinde oder ganz herunterstreifen.



## Billiger Stahl

Aus England kommt über Amerika eine kusschen erregende Nachricht zu uns: Dort, wo in vorigen Jahrhunderten das Bessemerverfahren zur Stahlgewinnung erfunden wurde, baut man einen Versuchsofen für ein ganz neues Verfahren der Stahlgewinnung. Man will ohne eigentlichen Hochofen, das heißt ohne Windgebläse Stahl von höchster Reinheit zum halben Preise herstellen. Kohlen von geringer Güte und minderwertige Erze sollen verwendet werden und doch den besten Stahl liefern. Wir werden abwarten können, ob bei den Versuchen wirklich etwas herauskommt oder ob der Erfinder den Mund ein wenig voll genommen hat.



# Familie und Heim



## Unser Frühling

Wie mich der Frühling freut!  
Der Himmel dehnt sich weit;  
Die Erde ist so grün;  
Unzählige Blumen blühen  
Voll Lieblichkeit.

Wie mich der Frühling freut!  
Nach harter Winterszeit,  
Nach Kampf und Nacht und Not  
Lacht doch das Morgenrot  
Der neuen Zeit.

Wie mich der Frühling freut!  
Mein Herz, vergiss dein Leid!  
Critt in der Brüder Reih'n,  
Du wirst willkommen sein  
Und nicht bereu'n.

M. Schulz

## Die Frauen der Kapitalisten

Während die Vertreter der Arbeiterklasse mit den Vertretern des Kapitals um bessere und würdigere Lebensverhältnisse kämpfen, denken die Frauen der Kapitalisten an ihre Familie, an ihre Frau und die Kinder, um dreierlei willen vielfach die Kämpfe gehen. Aber die Frauen der Arbeiter denken viel zu wenig an die Frauen der Begüterten Männer, denn wenn sie das tun würden, so würden sie auf wesentlich den schweren Kampf ihrer Männer zu stärken wissen. Es ist gut und notwendig, daß man sich diese Frauen einmal vornimmt, um festzustellen, ob und welchen Einfluß sie auf den Gang der Dinge haben.

Tausende von Arbeiterfrauen haben sich wohl schon die Frage vorgelegt: Was macht eigentlich dieser und jener Fabrikbesitzer, Generaldirektor oder Direktor mit dem vielen Geld, das er als Gehalt und Löhne bekommt? Sie sollten fragen, wie sehr die Frauen dieser Männer bemüht sind, einen nicht unbedeutenden Teil des Profits in ihre Hände zu leiten! Es ist zunächst ein Frivolum, daß die Reichen gewaltige Summen für Essen und Trinken ausgeben. Natürlich verbrauchen sie ein Vielfaches dessen, was ein Arbeiterhaushalt ausgibt. Doch sind es andererseits gerade die Frauen der Reichen, die eine geradezu irrsinnige Angst vor dem Dürftwerden haben, die deshalb sich vielfach nur von Gemüsen und Früchten nähren, die allerdings in der feinsten Qualität nicht billig zu haben sind. Auch der Alkohol spielt nicht die Rolle, die er noch vor dreißig Jahren gespielt hat. Die feinen Schnäpfe, Weine und Zigarren sind das Vorrecht des Hausherrn, dem es, besonders bei den Neureichen, nichts ansieht, ob er sich durch feine und schwere Speisen, auf die schwere Weine, Schnäpfe und Zigarren gesetzt werden, Sichts, Festschmerz, Herzperforation und Nierenleiden holt. Die Ausgaben für Essen und Trinken bleiben sich in den reichen Haushalten ziemlich gleich. Aber sobald es sich darum handelt, ein Fest anzurichten, einen Geburtstag, eine Konfirmation oder eine Hochzeit zu feiern, dann allerdings fliegen die Gelder nur so.

Den weitaus größten Teil der Ausgaben im Haushalt eines Kapitalisten verhängen die Ausgaben der Hausfrau für Garderobe, für Kleider, Mäntel, Schuhe, Fäde und Wäsche. Hier kennt die Frau des Reichen keinerlei Rücksichten. Von dem, was ein einziges Festkleid meist kostet, muß sich eine Arbeiterfamilie oft genug mehrere Jahre kleiden. Dazu kommt der Schmuck. Was in den Schatullen der Damen angehäuft ist, davon bekommt die ahnungslose Mittwelt gelegentlich zu erfahren, wenn es einem Dieb mal gelingt, die Schatulle auszuräumen. Dann verzeichnen die Polizeiberichte alle jene Kostbarkeiten, deren Wert in die tausende und zehntausende geht. Die Pelzmode verdirbt die Armut. Damenpelze im Wert von 10 000 A sind in diesen Kreisen keine Seltenheiten. Wenn zum Beispiel eine Belegschaft von 200 Mann im Lohnkampf steht, fünf Pfennig für die Stunde mehr haben will und der Fabrikherr nur ein Viertel davon kämpft, nur drei Pfennig zu zahlen, trotzdem jeder weiß, daß es ihm nichts anmacht, wenn er die fünf Pfennig drauflegt, dann stellt sich für ihn die Rechnung freilich so: 200 Arbeiter arbeiten an 310 Arbeitstagen zu je acht Stunden insgesamt 496 000 Stunden. Die zwei Pfennig, die ich ihnen nicht bewilligt habe, machen auf diese Stunden im Jahr rund 10 000 A. Dafür kann ich meiner Frau dann den Pelz kaufen, nur den sie mich seit Monaten quält, oder das Auto oder den Schmuck.

Nun aber kommen die Ausgaben für die Körperpflege der modernen Frau, auch sie sind nicht gering. Fußpflege, Baden, Massagen, Gymnastik, Sport. Dafür gehen hunderte Mark im Monat hin. Für die Kinder, besonders für die Bekleidung der Töchter kann nicht genug Geld da sein. Manchmal ist es nicht nur die eigene Frau des Unternehmers, die nach der Arbeiter kämpft, auch noch das Luxusbedürfnis von dessen Geschlechtern zu befriedigen, wie es ja allgemein bekannt ist. Bekanntlich sind diese Schwelger, wie sie früher genannt wurden, in ihrem Aussehen nicht beeindruckter als die eigentlichen Schwebel. Es ist einfach unverständlich von dem Arbeiter, daß er sich nicht in die Sorgen des Fabrikpatriarchen hineingedenken kann.

Dann kommt im Sommer die Badereise. Der Mann, der weiß, daß er doch abgesehen ist, möchte sich am liebsten in ein kleines, ruhiges Bad verziehen. Der Frau, weniger abgesehen, ist das feinste, laueste, teuerste Bade gerade recht. Ferner in den besten Hotels den Tag und Nacht 20 bis 30 A. Bei fünf Wochen Aufenthalt für zwei Personen 1400 bis 2 000 A für nur Essen und Trinken. Alles andere dazu, so kommt solche Reise auf 3000 bis 5000 A und mehr. Aber die Leute haben es ja dazu.

Das sind nur einige Beispiele, aus denen aber schon hervor geht, daß es vielfach die Frauen der Kapitalisten sind, die ganz im Hintergrund und scheinbar unbeteiligt stehen, die aber doch recht oft, wenn nicht immer, dafür sorgen, daß den Arbeitern nur nicht alle Hände erfüllt werden, weil sie selber alle Hände voll zu tun haben. Deswegen ist es sehr wichtig, daß sich diese Frauen auch noch vielfach in der Rolle und der Pose der sozial empfindenden Wohlwärtigen betätigen und in

allen möglichen Wohlfahrts- und Fürsorgebereinen und Vorständen mitmachen. Ganz besonders rührig betätigen sie sich bei den Wahlen zum Stimmensatz für ihre Partei. Ihre schönen und rührsamen Worte werden sie an die Frauen ihrer Arbeiter ebenso vergeblich richten, wie die Arbeiter sich nicht um ihre Privatangelegenheiten kümmern wollen, wenn sie ordentlich entlohnt werden.

Die Frauen der Kapitalisten standen viel zu lange im Hintergrund und im Schatten. Man muß sie hervorholen, um zu erkennen, welche Rolle sie in den Kämpfen um die wirtschaftliche Macht spielen. In ihren unerfährlichen Ansprüchen sind sie oft genug die Anreizgeber ihrer Männer, die sie mit bösen selbstfürchtigen Worten gegen die Arbeiterschaft ausspielen. Sie sind diejenigen, die die soziale Kluft zwischen den Schichten statt zu überbrücken zu helfen. Da ihr Geltungsbedürfnis nur darauf erstreckt, äußeren Reichtum ohne innere Werte zusammenzuraffen, wird die kämpfende Arbeiterschaft in ihrem Aufstiege sie wie lästigen Unrat beiseite schieben. W. Troja n.

## Mütter an der Maschine

Wir stehen wohl hundert im düsteren Saal  
Und sind für den Frühling draußen blind.  
Die Stunden schleichen in banger Qual,  
Wir fühlen gar nicht, wie stumpf wir sind.  
Wir sehnen nur heim uns — heimwärts zum Kind.

Es schreit unser Herz. Der Saal um uns dröhnt.  
Es jubeln die Lerchen über uns fort.  
In kühlen Harmonien es köhnt;  
In Furcht und Bangen das zitternde Wort:  
Mein Kind ist daheim — Was tut es wohl dort?

## Spielplatz

Raum für alle hat die Erde — dieses Dichterverwort hat bestimmt keine Geltung für die Kinder der Großstadt, die ihre Sportlust im wahrsten Sinne des Wortes zwischen den Siedeln der verkehrsreichen Straßen ausüben müssen. Davon kann sich jeder täglich überzeugen, der die Arbeiterviertel der großen Städte durchwandert, oder der einen anmerkenden Blick in die Nebenstraßen des Stadtzentrums wirft. Da sieht man Knaben, denen die Sportlust in den Gliedern zuckt, denen aber ein geeigneter Spielplatz fehlt. Es sind keine Spielplätze, keine Freizeitanlagen in der Nähe. Auch fehlt es an Geld zu einer richtigen Sporausrüstung. Fußball, Fußballstiefel, Hockey, Hockeyschläger und andere notwendige Geräte sind unerreichbar. Vater und Mutter darum angucken, mag so ein Junge gar nicht; wenn die Eltern entbehren selbst das Nötigste. Die Jungen müssen sich reich und schlecht selbst helfen.

So wird die Straße zum Spielplatz gemacht, die Sportgeräte werden selbst angefertigt. Dabei ist man sehr erfindungsreich. An die Stelle des großen Lederfußballs tritt ein kleiner Gummiball, oder aber man nutzt sich Pumpen zusammen, die einen Ball vorrücken lassen. Das Spielfeld wird abgegrenzt, indem man als Markierungsgrenze die Mülltonnen auf das Straßenpflaster legt. Einige Knaben haben sich mit Hockeyschlägern bewaffnet. Was sind das aber für Instrumente! Gezeichnete Latzen, aus irgendeiner Ecke oder aus der Kumpellammer herorgeholt, müssen die echten Geräte ersetzen. Ein Junge ist besonders stolz: er hat als Einziger ein Paar Fußballstiefel an, um die ihn seine Kameraden beneiden, wenn auch die Schuhe ihres Besitzers maximal hineinpassen. Aber alle diese Mängel können die Spiellust in den jungen Sportlern nicht ersticken. Mit einer Leidenschaft werden die selbstgefertigten Spielgeräte benutzt, wird der viel zu kleine, viel zu schlappe Fußball gespielt, daß im Augenblick alle Gefahren der Straße vergehen würden. Da lauft ein Auto heran, ein Knabe rennt in wilder Spielleidenschaft in die Falle nach und gerät tief unter die Räder des Wagners. Raum ist die Gefahr gebannt, da wiederholt sich schon der Vorfall.

Die Spielplatzfrage ist das Kernproblem alles Sports. Die Gegenwart ist diesem Problem aber in keiner Weise gerecht geworden. Von der Spielplatzfrage sind die Kinder des Proletariats am stärksten betroffen. Die Arbeiterportvereine tun bereits ihr Möglichstes, um der Spielplatzfrage abzuhelfen; sie allein können aber jedoch keine wirksame Hilfe leisten. Die Bürgerblutpartien des Reichstags sind bereit und doch haben die Bürgerblutpartien des Reichstags eine wirklich großzügige Hilfe abgelehnt. Sie stellen lediglich ungeheure Summen für den Bau großer Stadien an dem Außenrand der Stadt bereit, die für die Kinderbewirtung kaum erreichbar sind und die überdies nur wenigen Sportlern oft nur an einem Tage der Woche zur Verfügung stehen. Man hilft der Spielplatzfrage jedoch nur dadurch, daß man in jedem Stadtbezirk Spielplätze freimacht und Freizeitanlagen schafft, die schnell erreichbar sind und möglichst vielen jugendlichen Spielgelegenheiten bieten. Nur so bringt man die sportliebenden Kinder von der ihr Leben gefährdenden Straße fort.

Wichtigste Maßnahmen sind erforderlich, um der Spielplatzfrage abzuhelfen. Das in dieser Beziehung bisher versäumt wurde, muß schleunigst nachgeholt werden. Auch in Wien macht sich noch immer eine starke Reaktion bemerkbar und Privatinitiativen — kampflosem Privatrecht zugunsten der Erziehung drei- bis sechsjähriger Kinder — und anderer bürgerlicher Mittelstandes, auf welche auch ein Mittelschicht unter pädagogischer Aufsicht — sind auch dort keine Seltenheit, ebenso wie es dort Privatvorschulen gibt, vor deren Toren sich zur Spielzeit das elegante Wien beim Abholen der Kinder den Tritten gibt. Trotzdem hat sich die jugendliche Bevölkerung der Stadt Wien durch die Erziehung und Pflege der Volkshausgärten in großzügiger Weise zur Angelegenheit geäußert, was sich in der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien, diesem Zentrum moderner Fürsorge, geäußert hat. In seiner Art ohne Beispiel und entspricht in seiner Ausprägung allen gesundheitlichen, pädagogischen und technischen Anforderungen, die an eine solche Erziehung gestellt werden können.

Die Kinderübernahmestelle übernimmt Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr, wenn die häuslichen Verhältnisse dies erfordern. Das einer Aufstellung des Kopfforts fanden im vorigen Jahre nur 324 Kinder Aufnahme, während wegen Anstalt der Angehörigen im Krankenhaus, teils wegen Armut, Arbeitslosigkeit, Erbschaftslosigkeit, Erziehung der Eltern und aus anderen Gründen. Im Leben mancher Privatrechtlicher ist die Kinderübernahmestelle der Stadt Wien, die Höhe des Geldes, heißt es in einer kleinen Schrift, die vom Wiener Magistrat herausgegeben worden ist. Der Zweck der Aufstellung der Kopfforts hat, der wird dieses Geld verschleppen können, und in vielen Bereichen wird der Wunsch nach mehr. Wenn das auch in jenen Erziehungseinrichtungen die Sorge um das Fortwachsen so nahe am Herzen liegt, wie die Wertvolles immer dazu streben und wieder Kinderleid würde gemindert werden.

## Geister des Heims

Wir haben in unserer Wohnung wohl fast alle ererbte Möbel von unserm Eltern; vielleicht ist es ein alter Schreibtisch, eine moderne Truhe, ein Bild an der Wand, eine herrliche Porzellanfigur. Es sind uns mit die liebsten Stücke aus der Fülle der heiligen Dinge, weil sie uns wie ein zartes und doch festes Band den Eltern verbinden, die uns lieb und teuer waren. Es sind auch leibliche Dinge mit einer eigenen Geschichte. Aus ihnen spricht der Geist zu uns, er erzählt von Menschen, Zeiten und Schicksalen. Er ergreift uns, führt uns aus der Gegenwart in eine ferne, verschwundene Welt hinein, mit der wir uns irgendwie verknüpfen fühlen.

Es ist mit dem Eigentümlichen, ich möchte sagen das Beglückende und Tröstliche unserer Wohnung, daß uns ihre Dinge nicht kalt und fremd bleiben, sondern daß sie uns nach und nach immer vertieft werden, so nötig, daß wir uns ohne sie nicht mehr denken können. Und es ist sicher mehr als die liebe Gemohnheit, die uns an die Dinge leitet. Sie erleben vielmehr alles mit, was wir an Leid und Freuden erfahren, unsere Geschichte wird ihre Geschichte, saugen gleichsam in sich auf, was an Stimmungen, Gefühlen und Gedanken durch unsere Seele zieht. Was von Menschen sonst nicht gewußt, das wird zu ihrem Geheimnis, das sie getreulich in sich bewahren. Organisches Leben, von uns ausgegangen, hat sich tief in sie hineingelegt. Sie haben damit selbst eine Seele bekommen.

Ein Gleichnis dafür ist uns das spielende Kind. Ein Kind lauert in der Zimmerecke und hält die Puppe im Schoß; der Knabe vielleicht hölzernen. Mit dem Spielzeug ist das Kind der Gemeinschaft eingegangen, es sieht in ihm Menschenart, es hört in ihm Menschenprache, mit ihm handelt es, fühlt es sich glücklich und unglücklich. Nicht viel anders geht es den Kindern mit den Dingen unserer Umgebung. Es erwacht zwischen uns und ihnen ein Verhältnis, das zwar kein Verstand erschaffen, sondern ein tiefes Empfinden sein und hart gewoben hat. Es sind die Geister des Heims, die in unserer Wohnung aufleben und zu uns reden.

Oder wie läme es sonst, daß wir uns von den Dingen trennen wollen, die in unserer Wohnung mit uns geworden sind? Weil wir uns in ihnen selber wiederfinden, wenn wir in ähnlichen ihnen nicht einsam fühlen. Sie reden mit heimlichen Stimmen zu uns, und doch verstehen wir ihre leise Sprache. Sie halten so gern mit ihnen vertraute Zwieselsprache, vielleicht in einem einsamen, stillen Dämmerstunde, vielleicht an einem ruhigen Feiertage oder sonst in besinnlicher Zeit nach der Arbeitstunde des lauten Werkeltages. Da lagern und weinen sie mit uns, da führen sie uns in ferne Vergangenheit zurück oder rufen Stimmungen ins Gedächtnis, die zu neuen Entschlüssen und Taten antreiben. Aus unserer Wohnung löst es uns in mannigfachen Affekten entgegen und bestimmt mit unsere Lebensmelodie, wie ja jegliche Sache, zu der der Mensch mit Geist und Sinn in Beziehung tritt, sein Leben aufnimmt und wieder ausstrahlt, ähnlich wie die Erde der Sonne Strahlen wieder zurücksendet. So ist auch Eichendorffs Wort zu verstehen:

Schläft ein Lied in allen Dingen,  
die da träumen fort und fort,  
und die Welt hebt an zu singen,  
triffst du nur das Zauberwort.

Wenn wir eine fremde Wohnung betreten, spüren wir zwar fort einen Hauch von ihrem Geiste; es reden ihre Dinge zu uns und lassen Seiten in unserer Seele erklingen, aber ganz kann man sie nicht verstehen, der es bewohnt, der es eigentlich geschaffen hat. Denn mit ihm zusammen bildet er eine harmonische Einheit, eine Gemeinschaft, in der Mensch und Dinge zusammen das Gleiche leben, in der ein zum andern spricht, eins das andere anregt und versteht. Der Mensch und sein Heim gehören daher innig zusammen; ein lebt durchs andere, im andern. Jeder Mensch braucht daher ein Heim zur Vollendung seines Lebens, er lehnt sich nach und nach auf ihm auf, wenn er heimlich ist. Umgekehrt aber auch das lebendigste, das ausstrahlt: die Heim nicht mehr, es war, wenn des Menschen Hauswort den Dingen nicht die Seele weicht. Wie verlassen, wie trübselig, wie tot und öde erscheint uns das freundlichste Heim, wenn der für immer fort ist, der es lieb und bewohnt. Nicht der Mensch allein ist dann fortgegangen, sondern mit ihm auch die Seelen der Dinge, wie es Welt in einem innigen Gemälde „Die Penaten“ zum Ausdruck bringt:

Mit dem Tode ziehen Geister aus,  
die im Leben ihn den Dingen reichten.  
Ed und leer ist nun das Haus,  
ohne Klang und ohne Reueiten.

Leben erweckt Leben. Unser Geist erzeugt die Geister des Heims. Sie werden zu uns reden, je nachdem wie wir geartet haben. Sie werden uns ermuntern, trösten und stärken, sie werden der müden Seele ein friedvolles Asyl; aber sie schlagen und drücken auch, sie peinigen und machen uns die Wohnung zur Hölle.

## Kindbettfieber

Die Ursache von Kindbettfieber ist immer in einer Unsauberkeit der Pflegerin und einer damit verbundenen Übertragung von Krankheitserregern in die frühen Stunden der Wöchnerin zu suchen. Im vorigen Jahrhundert hat das Kindbettfieber weit mehr Todesopfer geordert als die Pocken und die Cholera. So starben beispielsweise in Wien — und in anderen Orten war die Lage freilich wegs günstiger — von je 100 Müttern 15 am Wochenbettfieber bedinglich durch peinlichste Sauberkeit gelang es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als man die Krankheitserreger noch nicht kannte, einem jungen Arzte Dr. Semmelweis, die Sterblichkeit der Frauen durch diese Krankheit auf ein Hundertstel herabzudrücken. Inzwischen hat ja die Volksgesundheit die größten Fortschritte gemacht und die Hebammen sind durch Kenntnisse und ausreichende Hilfsmittel aufs beste gegen die Gefahr gerüstet. Aber noch immer sterben in Deutschland jährlich 10 000 Frauen an Kindbettfieber. Diese traurige Erscheinung kann leicht vermieden oder doch auf ein Minimum hinabgedrückt werden, wenn man für die junge Mutter ein sauberes Wochenbett und reine Wäsche besorgt, auch auf größtmögliche Sauberkeit von etwa verwendetem Verbandzeug achtet, ferner die Keimfreiheit der Wohnung und der umgebenden Personen beachtet, sobald die Anweisungen von Arzt, Hebamme und Hilfspersonen befolgt sind und auch die Wöchnerin selbst über die Gefahr einer Wundinfektion aufklärt. Vor allem sollte man vor dem Besuch einer Wöchnerin niemals einen anderen Krankenbesuch machen, selbstverständlich auch keine Krankenbesuche in der Nähe der jungen Mutter lassen.

## Den Launen und Halbheiten

Die Launen und Halbheiten haben, um seinen Mund zu reden, viele meinetwegen, wenn sie auf dem Raum reiten, der Parteien der streitenden Parteien trennt und sie gerade noch nicht trennen, in welchem Grade die Trennung am besten reist und damit die genügende Höhe erreicht haben.

Bei einer Trennung in der Trennung ist ein Maßmaß vom Trennungspunkt auf der Polizei soll die dem Maßmaß ausfüllen, die Trennung ist die Trennung „Et-lune“ im Laufe viel Kopfmaß machen. Es ist ein Maßmaß, die Trennung ist die Trennung. Mit dem Trennungspunkt ist die Trennung.

# In Begeisterung vorwärts zum Sieg!

## Gewerkschaftliche Pfingstgedanken

Da sollen sie einst versammelt gewesen sein, die Jünger des Meisters von Nazareth. In einer Versammlung. Zur Gründung eines feierlichen Zusammenschlusses. Zur Werbung für ihre Idee. Pfingsten.

Wollt ihr Herz, Überdall von der Größe ihres Gedankens. Und die Fülle ihres Herzens wurde zum Wort. Und das Wort zur Tat. Sie gingen hin. Sie wirkten. Sie wurden. Und gewannen.

Ihr herrlichen Menschen des Volkes! Wollt Glut war euer Herz. Wollt Glaube an das Recht und das Gute eure Seele. Ja, und darum, nur darum littet und strittet ihr. Opferet ihr. Zwangt ihr eine Welt in euren Bann. Wagt man die spätere Geschichte betrachten, wie man auch will: euer, ihr Männer des Volkes, gedanken wir. Ihr fühlte euch als die Träger der Zeitenwende — wie wir. Und ihr wußtet sie zu tragen in glühendem Schwung eurer glaubenden Seele.

War die Zeit damals wirklich „erfüllt“? Nein, die ökonomische Geschichte mußte noch rollen durch die Jahrhunderte. Und schwer rollte sie. Träge. Ist stand sie still. Und dann wieder vorwärts. Bis die ökonomische Geschichte mit einer Stöße Kraft ohnegleichen das letzte Jahrhundert durchdrang und wir an ökonomischen Ausblick stehen in eine früher nie geahnte neue Gestaltung des Lebens. Jetzt klärt sich das Bild. Jetzt zeigt die Geschichte einen Sinn. Technik mußte erst werden, daß Besetzung war. Und Wollens mußte erst geschmiedet werden von der Technik. Und aus diesem allen heraus die Erkenntnis der neuen sozialen Formung des Lebens und als Weg und Kraft der organisierte Zusammenschluß derer, die da die Sinne der Geschichte leben und die soziale Gestaltung des Zusammenlebens zum Ziele der Menscheneinheit bewußt erkämpfen.

Und da, wo wir die ganze große sittliche und geistige, die ganze große menschliche Erfüllung dieses sozialen Wandens der Zeit fühlen, da sagt uns ob dieses wunderbaren Zielens eine tiefe und heilige Freude. Was gilt's doch zu schaffen! Wie wunderbar sonntig ist doch da vor uns die Welt! Brüder sollen Menschen sich nennen. Ja, Brüder! Endlich Brüder! Die Stunde der Geschichte schafft endlich die ökonomische Voraussetzung.

D ihr schlichten Menschen jener Pfingstgeschichte, wie hat euch eure Liebe zum Guten begeistert! Wie wart ihr voll Frömmigkeit und voll Glut — und doch so weit vom Ziele eures Sehens ab. Und jetzt, wo es um die Erfüllung geht, wo ein starkes, wollendes Geschlecht tatsächlich Geschichte, unwandelnde Geschichte, die Epoche der Menschlichkeit durch Formung des wirtschaftlichen Bildes erzwingen kann, da stehen dennoch so viele schmelzend und zögernd und zweifelnd beiseite, ohne Glut, ohne Begeisterung, ohne diesen heiligen Glauben an das Größte.

Seht doch nicht immer das Kleine und das Enge, Begrenzte! Sucht doch nicht immer nur Fehler, die gemacht sein sollen, wie ihr vermeint. Ach, unsere Zeit verlangt wahrhaftig ein anderes Geschlecht! Eine Masse, getragen von pfingstlicher Frömmigkeit — und die Geschichte jubelt. Ein eines schaffendes Volk mit einem Willen und einer Liebe — und vor uns liegt eine Welt voll Glück!

Aber vorher müssen wir noch Pfingsten feiern: Glut haben, Feuer des Glaubens, Größe der Gesinnung, Heiligkeit solidarischer menschlichen Gefühls, Begeisterung.

Ja, Begeisterung! — Dr. Gustav Hoffmann.

## Neues aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in den letzten Wochen auf dem Verordnungswege einige sehr wichtige Ausrichtungen und Änderungen der zurzeit geltenden Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes getroffen.

Der § 110 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes setzt die Wartezeit, nach deren Ablauf der Arbeitslose auf den Genuß der Unterstützung kommen kann, allgemein auf sieben Tage fest; er bestimmt dann aber weiter, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt diese Frist bis auf drei Tage abkürzen und sie für den Fall der berufswichtigen Arbeitslosigkeit verlängern kann.

Der Verwaltungsrat hat durch eine Verordnung vom 2. Dez. 1927 von diesem Recht Gebrauch gemacht und die unter dem Recht der Erwerbslosenfürsorge geltenden Bestimmungen über die Wartezeit bis zum 31. März 1928 in Kraft gelassen. Dadurch wurde allgemein die dreitägige Wartezeit festgelegt. Eine neue Verordnung vom 23. März 1928 setzt diese Wartezeit bis zum 15. April 1928 in Kraft. Vom 16. April 1928 ab beträgt sie fünf Tage und vom 1. Juli 1928 ab sieben Tage. Für Fälle, in denen die Wartezeit am 16. April 1928 oder am 1. Juli 1928 bereits läuft, bleiben die bis dahin geltenden Vorschriften maßgebend. In den verlängerten Wartezeiten für die Fälle „berufswichtiger Arbeitslosigkeit“ die zwei bis drei Wochen betragen, ist nichts geändert worden.

Von großer Bedeutung sind die erlassenen Richtlinien über die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an durch Ausstand oder Aussperrung mittelbar betroffenen Arbeiter. Diese Richtlinien bedeuten Ausrichtungen zum § 94 des Gesetzes, der bestimmt, daß Streikende und Aussperrte für die Dauer des Streiks oder der Aussperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten und daß in Fällen, in denen die Arbeitslosigkeit durch Aussperrung oder Aussperrung mittelbar verursacht ist, Unterstützung zu gewähren ist, wenn die Verweigerung eine unbillige Härte wäre.

Jetzt wird bestimmt, daß keine unbillige Härte vorliegt, wenn 1. seit Eintritt der Arbeitslosigkeit der mittelbar betroffenen Arbeitnehmer noch nicht 14 Tage verlossen sind; 2. das Kampfergebnis die mittelbar arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer unmittelbar betreffen wird; 3. durch die Arbeitslosenunterstützung eine Beeinträchtigung des Arbeitskampfes zu erwarten ist oder 4. in einem Betrieb oder in mehreren gleichartigen oder nach dem Betriebszweck zusammengehörigen Betrieben, die innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängender, nahe beieinander liegender Gemeinden gelegen sind und sich in der Hand eines Arbeitgebers befinden; a) Arbeiter, mittelbar dadurch arbeitslos werden, daß andere Arbeiter eines dieser Betriebe an einem Arbeitskampf beteiligt sind; b) Angehörige, mittelbar dadurch arbeitslos werden, daß andere Angehörige eines dieser Betriebe an einem Arbeitskampf beteiligt sind — werden Arbeiter mittelbar dadurch arbeitslos, daß Angehörige, insbesondere Werkmeister, in einem Arbeitskampf stehen, entsprechend in allen Fällen der Vorstand der Reichsanstalt, ob unbillige Härte anzunehmen ist — oder 5. die Stilllegung des mittelbar betroffenen Betriebes, deshalb als notwendige Folge des Arbeitskampfes eingetreten ist, weil er für seine Weiterarbeit auf die Befreiung von dem Strom, Gas, Wasser oder von Halb- oder Fertigarbeiten und den unmittelbar betroffenen Betrieb ausschließlich angewiesen ist.

In allen übrigen Fällen soll der Verwaltungsrat nach Anhörung des Sachverständigen oder der Vorstand der Reichsanstalt nach „billig-

gemäßem Ermessen“ entscheiden, ob und von welchem Zeitpunkt an unbillige Härte im Sinne des Gesetzes vorliegt.

Praktisch bedeutet also diese Richtlinien, daß die Arbeitslosen, die mittelbar durch Streik oder Aussperrung betroffen werden, für die ersten 14 Tage ihrer Arbeitslosigkeit vom Genuß der Unterstützung ausgeschlossen sind und daß im übrigen die Verwaltungsstellen der Landesarbeitsämter in den meisten Fällen überhaupt zur Ablehnung kommen können und damit die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften nicht unwesentlich ungünstig beeinflussen können.

Eine recht erhebliche Verschlechterung hat die Krisenfürsorge erfahren. Bislang wurde sie in der Höhe eines Teils der Arbeitslosenunterstützung denjenigen Arbeitslosen gewährt, die die Anwartschaftszeit zur Arbeitslosenversicherung (26 Wochen) noch nicht erfüllt hatten, aber 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten 12 Monaten aufweisen konnten und denjenigen, die ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft hatten und weiter arbeitslos waren, das galt aber nur für sechs bestimmte Berufsgruppen, zu denen auch die Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen gehören.

In der Praxis zeigte sich, daß diese Bestimmung durchaus unzureichend und ungerecht war. Die freien Gewerkschaften forderten die Krisenfürsorge in der Form zu ändern, daß sie all' n Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung und für die Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt werden solle. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 29. März 1928 übergeht diese berechtigten Wünsche und schafft im Gegenteile eine bedeutende Verschlechterung. Vom 15. April 1928 ab soll auch denjenigen Arbeitslosen, die nur eine 13wöchentliche Arbeitszeit aufweisen haben, nur dann die Krisenfürsorge gewährt werden, wenn sie den vorgeschriebenen 6 Berufsgruppen angehören. Alle übrigen verlieren ihr Recht auf Unterstützung und sind gezwungen, sich in Zukunft an die öffentliche Krisenfürsorge zu wenden. An der Höhe der Unterstützung und der Unterstützungsdauer ist nichts geändert worden. Es bleibt also bei der Unterstützungsdauer von 26 Wochen.

Eine Verlängerung der Bezugsdauer über 26 Wochen hinaus soll in der Hauptsache nur für ältere Angestellte stattfinden. Der Vorstand des Arbeitsamts kann nach einer Verordnung vom 1. April 1928 Arbeitnehmern, die das 40. Lebensjahr über dritten haben, nach näherer Anweisung des Reichsarbeitsministeriums die Krisenunterstützung ausnahmsweise über 26 Wochen hinaus bis zu einer Gesamtdauer von 39 Wochen zu lassen, soweit er eine besondere Härte für gegeben erachtet.

## Die Abfindung für Unfallrenten

Die im Jahre 1925 angeordnete Bestimmung, daß die Kapitalabfindung von Unfallrenten zum Erwerb von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung bereits vorhandenen eigenen Grundbesitzes zugelassen wird, ist nun endlich mit der zweiten Verordnung über die Abfindungen von Unfallrenten vom 10. Februar 1928 (RGBl. I. Teil Seite 22) erfolgt. Es handelt sich bei dieser Regelung um Unfallrenten von mehr als 25 vH der Vollrente.

Die zweite Verordnung, die nunmehr erlassen ist, bestimmt, daß der Unfallverletzte auf Antrag von dem Träger der Unfallversicherung durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden kann, wenn er das Kapital zum Erwerb von Grundbesitz im Deutschen Reich oder zur Stärkung vorhandenen Grundbesitzes im Deutschen Reich verwenden will. Auch wenn der Unfallverletzte zum Erwerb von Grundbesitz einer gemeinnützigen Bau- oder Siedlungs-genossenschaft beitreten oder ein Grundstück im Wege des Erbbaurechts erwerben will, kann ihm die Abfindungsumme gewährt werden.

Die Voraussetzung für die Kapitalabfindung ist, daß der Unfallverletzte das 21. Lebensjahr vollendet, aber das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, die Rente als Dauerrente rechtskräftig festgestellt und eine wesentliche Änderung in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Rente maßgebend waren, nicht zu erwarten ist, und wenn für eine nützliche Verwendung des Geldes die Gewähr besteht. Ausnahmsweise kann auch noch nach Vollendung des 55. Lebensjahres die Abfindung gewährt werden.

Die Rente kann bei einer Rente bis zu 50 vH der Vollrente mit der ganzen und bei Renten von über 50 vH der Vollrente mit zwei Dritteln der Rente abgefunden werden. Die Abfindung kann auch mit einem Teilbetrag der Rente erfolgen. Für die Höhe der Abfindungsumme gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 14. Juni 1926, für die Abfindung der Unfallrenten bis 25 vH der Vollrente. Sie richtet sich nach dem Lebensalter des Unfallverletzten und der Zeit seit dem Tode des Unfalles und beträgt im Höchstfalle das 16-fache und im ungünstigsten Falle das 5-fache des Betrages der Jahresrente oder des Teiles der Jahresrente, der abge worden wird. Der Anspruch auf Krankenbefähigung und Berufsfürsorge bleibt für den Unfallverletzten trotz erfolgter Abfindung bestehen. Darüber hinaus besteht erneut ein Anspruch auf Rentenzahlung, wenn sich der Grad der Erwerbsminderung für länger als einen Monat um mehr als 10 vH erhöht. Die Rente wird in einem solchen Falle um den Betrag gekürzt, der für die Berechnung der Abfindung zugrunde gelegt wurde.

Bei Auszahlung des Abfindungskapitals hat der Träger der Unfallversicherung Maßnahmen für eine sichere bestimmungsgemäße Verwendung zu treffen und eine Sicherung dafür zu fordern, daß das Grundstück nicht alsbald weiterveräußert werden kann. Auf Veranlassung des Trägers der Unfallversicherung kann zu diesem Zweck ein entsprechender Vermerk im Grundbuch eingetragen werden, wonach bis höchstens 5 Jahre nach erfolgter Abfindung ein Verkauf nur mit Genehmigung des Trägers der Unfallversicherung erfolgen darf. Wird die Abfindungsumme nicht binnen drei von dem Träger der Unfallversicherung festgesetzten Frist bestimmungsgemäß verwendet oder der Zweck der Abfindung überhaupt vereitelt, kann der Träger der Unfallversicherung die Abfindungsumme ganz oder teilweise zurückfordern und zur Sicherung dieses Rechtes die Eintragung einer Sicherheitshypothek oder eine andere Sicherung verlangen.

Die durch die Abfindung erloschene Rente kann dem Unfallverletzten wieder bewilligt werden, wenn er die Abfindungsumme zurückgezahlt hat, weil er zur Erlangung einer anderen Erwerbsmöglichkeit sein Grundstück veräußern mußte oder wenn andere wichtige Gründe vorliegen. Der Antrag auf Wiederbewilligung der Rente darf nicht abgelehnt werden, wenn dieses eine unbillige Härte für den Unfallverletzten bedeuten würde.

Für die Feststellung der Abfindung gilt das Verfahren in Unfallfällen der RVD. In dem Bescheid sind jedoch der Verwendungszweck, die Frist für die bestimmungsgemäße Verwendung und der Empfangsberechtigte zu bezeichnen. Auf das Rückforderungsrecht ist hinzuweisen und für den Fall, daß zur Sicherung die Eintragung einer Sicherheitshypothek oder eine andere Sicherung verlangt wird, ist auch dieses in dem Bescheid anzugeben. Die Abfindung erfolgt nur auf Antrag bei dem Träger der Unfallversicherung, in der Regel die zuständige Berufs-genossenschaft.

## Hat der Arbeiter Lohnanspruch für die Freiheit, in der er sich andere Arbeit sucht?

Mit einem wichtigen Rechtsstreit beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht. Der Schlosser D. in Solingen klagte gegen die Firma A. & S. in Solingen auf rückständigen Lohn. Im Sommer 1927 brach zwischen den beiderseitigen Organisationen ein Kampf wegen geforderten höheren Lohnes aus. Als Gegenmaßnahme gegen das Vorgehen der Gewerkschaften beschloß der Arbeitgeberverband, dem die Firma angehört, am 25. August 1927 die Gesamtaussperrung der Fabrik- und Heimarbeiter. Die Firma kündigte der Belegschaft durch Aufschlag am 1. September ab. Am 3. September erntet der Kläger vier Stunden Freiheit, um sich anderweitig Arbeit suchen zu können.

Die Beklagte bewilligte die vier Stunden, lehnte aber die Bezahlung des Lohnes ab. Die Beklagte hat Abweisung der Klage beantragt, da § 14 der AV während des Wirtschaftskampfes keine Anwendung finde.

Das Arbeitsgericht in Solingen hat am 29. September 1927 der Klage stattgegeben. Der § 14 der AV enthalte keinerlei Einschränkung und die Firma habe die vier Stunden auch bewilligt. Die Beklagte legte Berufung gegen das Urteil ein und bringt vor, daß der § 616 BGB nicht in Frage komme, da er durch § 14 Abs. 2 der Arbeitsordnung ausgeschlossen worden sei. Finde § 14 auch während des Wirtschaftskampfes Anwendung, so bedeute das eine erhebliche Schwächung des letzten Kampfmittels der Arbeitgeber, der Aussperrung. Dem Kläger sei auch bei Bewilligung der Freiheit ausdrücklich erklärt worden, daß die vier Stunden nicht bezahlt werden.

Der Kläger verweist demgegenüber auf die zutreffenden Gründe des ersten Urteils. Wenn § 14 der AV im Wirtschaftskampf ausgeschlossen sein sollte, so hätte das besondere Vereinbarung und Festlegung in der AV bedurft. Einen Unterschied zwischen echter und unechter Kündigung kenne das Gesetz nicht. Für den einzelnen Arbeiter sei jede Kündigung Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Das Landesarbeitsgericht in Elberfeld schloß sich den Gründen der Vorinstanz nicht an und wies den Kläger mit seinem Antrag ab.

Gegen das Urteil legte der Kläger Berufung ein. Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich nochmals eingehend mit dieser Sache. Rechtsanwalt Fraenkel, Dürrenberg, begründete ausführlich die Punkte des Fehlurteils der letzten Instanz, das nicht haltbar sei. Es handle sich um eine grundsätzliche Entscheidung von großer Tragweite und er beantragt, daß das Urteil der Vorinstanz aufgehoben und dem Antrag des Klägers stattgegeben wird.

Nach längerer Beratung sollte das Reichsarbeitsgericht folgende Entscheidung: Das Urteil der Vorinstanz wird aufgehoben und die Firma verurteilt, den Lohn für die vier Stunden zu bezahlen. Der Antrag des Klägers sei in allen Punkten berechtigt. Das Gericht schlicke sich voll und ganz dem Urteil des Arbeitsgerichts in Solingen an. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

## Der Kampf vor 25 Jahren mit der Gendarmerie

Es war im Wahljahr 1903, als im April der Iserlohner Fabrikantenverein über 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen aussperrte. Der Kampf brach aus, weil die Iserlohner Metallarbeiter es ablehnten, die Streitarbeit für die Firma Schägermeier & Hens herzustellen. Auch wollten die Unternehmer einen Unternehmerarbeitsnachweis errichten, um mißliebige organisierte Arbeiter unmöglich machen zu können.

Es wehte damals ein sehr scharfer Wind gegen die Gewerkschaften, und soial ein etwas größerer Kampf ausbrach, schrieb das Unternehmertum über „Lectorianus“ der Gewerkschaften und verlangte staatlichen und militärischen Schutz. Während des fünf- bis sechswöchigen Streiks bei der Firma Schägermeier & Hens war nichts vorgekommen, auch nicht während der über 9 Wochen dauernden Aussperrung der Iserlohner Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Trotzdem rühten 54 Gendarmen bei Ausbruch der Aussperrung in Iserlohn ein, „um Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme bewies klar das Unrecht der Unternehmer. Hier trat das Sprichwort zu: Mühsiggang ist aller Elster Anfang. Der Streikausbruch hat sich als Verdienst erworben, die Überlistigkeit der Gendarmen zu beweisen. Es war in Iserlohn im Monat Mai (der Leng war da) und weil es in Iserlohn sehr nette Mädels gab, erwachte auch der Frühling bei den arbeitslosen Politiken. Sie suchten Familienaufbruch und besetzten Mädchen nach Iserlohn und nach der Schweiz (ohne billige Waldplätzen bei Iserlohn). Doch die streikenden Gendarmen haben immer vergeblich gewartet. Die Mädchen teilten der Streikleitung prompt jede Einladung der Gendarmen zu einem Schägermeier mit und so konnten dann einige Male die verlebten, mit Ausdauer wartenden Gendarmen beobachtet werden. Dadurch wurde die Stimmung der genährten Gendarmen der Arbeitererschaft gegenüber nicht besser, zumal sich die Öffentlichkeit über die vergeblichen Liebeswerbungen der Gendarmen lustig machte.

Eines Morgens kam ein junger ausgesperrter Kollege zu mir ins Streikbüro, Reichsstr. 15, und teilte mir mit, daß drei Gendarmen seine Braut in der Gartenstraße unbedingt nachts besuchen wollten, weil die Herrschaft zur Erholung in der Schweiz war. Wahrscheinlich wollten dort die Gendarmen in Abwesenheit der Herrschaft die Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Villa aufrecht erhalten. Mit dem Verlochten ging ich zu seiner Braut und sie bestätigte mir die Angaben ihres Bräutigams. Ich rief: ihr zu, scheinbar auf das liebeswürdige Verlangen der Ordnungsbücher einzugehen, aber an dem Tage alles gut, sicher und doppelt abzuschließen. Nachdem ich dem Fraulein versichert, es passiere ihr nichts, wir wären mit genügend Bruten in der Nähe, ging sie und der Bräutigam darauf ein. Am verabredeten Abend jag ich um 11 1/2 Uhr mit H. L. K. G. H. R. D. M. und dem Bräutigam in den Garten auf Posten. Um 12 Uhr, mit militärischer Pünktlichkeit, sprang der erste Gendarm über die 1 1/2 Meter hohe Mauer. Das Gartentor hatten wir abgeschlossen. Der Gendarm kam zur Veranda, aber die Tür war zu verschlossen. Im gedampften Ton rief er den Namen des Mädchens, dann piffte er den Hohenpostenpfeiff, aber nichts rührte sich. In kurzer Zeit kam der zweite Gendarm über die Mauer gestiegen, und weil der Garten tiefer lag wie die Straße, flog er so lang wie er war in einen Komposthaufen. Hinter ihm kam noch einer, eine richtige Postkaffigur, er hing wie ein Klammeraffe an der Mauer, bis er sich herunterfallen ließ. Alle drei zogen wieder zur Veranda, schauten nach dem erleuchteten Fenster, hinter dem sie ihr Glück vermuteten, pifften und riefen in allen Tönen. Die Tür war und blieb verschlossen. Auch von oben kam keine Antwort. Die Gendarmen hielten auf der Veranda Ariensrat ab. Sie ist eingeschlafen, pfeifen wir nochmal. Aber alles half nichts. Anstatt zu beten: „Seiam tue Dich auf“, suchten sie in recht unchristlicher Weise. Dann verjagten sie mit Schußeln, ob die Tür nicht zu öffnen sei. Endlich rüttelten sie recht unruhig an der Tür und zogen enttäuscht und verärgert ab. Die angebrannten Streichhölzer, beim Versuch die Tür zu öffnen, nahm ich an mich und als die drei Verlebten auf der Gartenstraße vor der Villa standen, ging der Bräutigam zuerst heraus. Die Gendarmen fragten ihn, was er dort gemacht habe. Er sagte: „Ich wollte meine Braut besuchen“, worauf der bide Gendarm zu bedenken gab: „Zu spät, die Braut ist eingeschlafen.“ „Ich wundere mich auch, daß Sie zu solch später Stunde in einen Garten einsteigen, versuchen Türen mit Ihren Schußeln zu öffnen, warten Sie, morgen in den Versammlungen bekommen Sie die verdienten Abreibung.“

Am anderen Tag wurde bei den Aussperrten über das Thema geredet: „Nur wer die Sehnsucht kennt, weiß was ich leide.“ Dafür wurde ich zum Landrat Dr. Knud bestellt. Im Landratsamt gab es eine stürmische, für mich aber heitere Auseinandersetzung, und zwar mit dem Erfolg, daß am anderen Tage die Hälfte der Gendarmen (27 Mann) abziehen mußte. Aber auch die übrigen lebenden Hüter der Ordnung, Sicherheit und Ruhe blieben arbeitslos, denn keine Ausbreitung ist von Seiten der Arbeiter vorgekommen.

Als der Leiter des 8. Gendarmeregiments (später von meinen Ausrichtungen erfuhr, mußten alle 54 Gendarmereisende, die in Iserlohn sich gelangweilt hatten, Straf Antrag gegen mich stellen. Ich hatte auch einige Vorvernehmungen, lehnte aber Auslagen ab mit dem Hinweis, daß ich bei der Verhandlung Rede und Antwort stehen und meine Behauptung durch Jungen beweisen werde. Drei Tage vor Stattfinden der Verhandlung vor der Strafkammer erhielt ich von der Oberstaatsanwaltschaft den Bescheid, daß das Verfahren gegen mich eingestellt worden sei. Schade, sehr schade, es hätte eine sehr heitere Gerichtsverhandlung gegeben.



# Zur Einführung der Invalidenunterstützung

Wir gedenken in vierzehn Tagen, also mit der Nr. 22 die Aussprache über die Invalidenunterstützung abzu-schließen, um Raum für die Erörterung der anderen Anträge zum Verbandstag zu erhalten. Dies mögen alle die Kollegen beherzigen, die noch etwas zu dem Vorstandsenkurs in der Zeitung zu sagen beabsichtigen. Die Schriftleitung.

### Kritisches zur Invalidenunterstützung

Wenn bisher in den Spalten der Metallarbeiter-Zeitung bezüglich der Invalidenunterstützung nur ihr Gutes und Angenehmes hervorgehoben worden ist, so ist es doch auch einmal zweckmäßig, die Reversoite der Medaille zu zeigen. Der größte Teil der Kollegen, die bis jetzt zum Wort gekommen sind, stellt sich auf den Standpunkt, daß die Einführung dieser Unterstützung agitationsfördernd sei und den alten invaliden Kollegen neben ihrer staatlichen Unterstützung aus Mitteln der Verbände einen Beitrag zukommen zu lassen, der sie mehr wie bisher in den Stand setze, den Erfordernissen des Lebens nachzukommen. Der Schreiber dieser Zeilen ist ein scharfer Gegner der einzu-führenden Invalidenunterstützung. Der Beweis dafür wird im folgenden angetreten:

Das Vermögen der staatlichen Invalidenversicherung betrug im Jahre 1913 mehr als 2 Milliarden Mark. Dieses Riesenvermögen ist durch die Inflation verlorengegangen. Hunderte von Millionen sind vor dem Kriege an die Industrie und Landwirtschaft sowie private Wohlfahrt in Form von billigen Krediten gegeben worden, die so verlorengegangen sind, anstatt sie für die Versicherten zu verwenden. Im Jahre 1925 betrug das Vermögen der Invalidenversicherung schon wieder 475 389 000 M. Es wiederholt sich jetzt dasselbe wie in der Vorkriegszeit: Vergabe von billigen Krediten an Werksunternehmer, Großgrundbesitzer und dergleichen. Diese gewaltige Summe der Invalidenversicherung muß zur Hälfte durch die Versicherten aufgebracht werden. Jedoch sind die Unterstützungssätze aus der Versicherung so gering, daß der Unterstützungsberechtigte elend dabei zugrunde gehen muß, wenn er in den meisten Fällen nicht noch durch Angehörige unterstützt wird. Trotzdem im Reichstage Anträge zwecks ausreichender Erhöhung der Alters- und Invalidenrente gestellt worden sind, wie das erst am 17. März 1928 durch die kommunistische Partei geschehen ist, die eine Erhöhung der Renten um 30 M je Monat verlangt hat, ist tatsächlich die Regierungsvorlage angenommen worden, die lediglich eine Erhöhung von 3 M vorsieht.

So leben wir also, daß die heutigen staatlichen, kapitalistischen Organe die berechtigten Forderungen der Invalidenrentner nicht erfüllen. Es ist dies auch nur zu begrifflich, wenn man gerade in den letzten Monaten die Angriffe beobachtet, die vor allen Dingen in dem führenden Blatte der deutschen Industriellen, der Vergewerkzeitung, gegen Verbesserungen der Sozialpolitik getrieben wird. Eine Reihe von Gewerkschaften haben die Invalidenunterstützung bereits eingeführt, teilweise sind sie auf dem Wege, sie einzuführen. Die Unternehmer wie auch der Staat beobachten selbstverständlich diese Vorgänge sehr scharf und nichts ist richtiger, als wenn sie sich nun sagen, daß die Gewerkschaften eine sogenannte Gewerkschaftsunterstützung für ihre invaliden Mitglieder geben, haben wir als Staat kein Interesse daran, die staatlichen Unterstützungen zu erhöhen, und sie werden mehr wie je sich auf den Standpunkt stellen, wenn eine Erhöhung dieser Unterstützung, sei es im Reichstage oder sei es auf einem andern Wege, verlangt wird, dagegen anzukämpfen. Es kommt noch etwas anderes hinzu, und zwar der Kampf um die Herabsetzung der Altersgrenze. Selbst Bürgerliche müssen heute offen zugeben, daß der deutsche Arbeiter mit 50 Jahren überdrüssig ist. So schreibt der Arzt Dr. Arch. Meyer, ein Bürgerlicher, in einem von den Krankenfällen verbreiteten Aufsatz:

„Ich habe als Gutachter einer Landesversicherungsanstalt in zwölf Monaten etwa 3800 Rentenansprüche untersucht. Von den Versicherten, bei denen keine Invalidität im Sinne des Gesetzes angenommen werden konnte, war bei 90 vH die Arbeitsfähigkeit um etwa 50 vH vermindert. Alle diese Versicherten haben also keinen Anspruch auf Rente, aber sie waren in ihrer Leistungsfähigkeit soweit beschränkt, daß sie den Ansprüchen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht mehr genügen und nur unter ganz besonders günstigen Verhältnissen auskömmliche Arbeit finden konnten. Der deutsche Arbeiter ist mit 50 Jahren verbraucht. Wir haben keine Statistik dieses frühzeitigen Mengenverbrauchs, die Statistiken über Mortalität und Morbidität (Erebllichkeit und Krankheit) erzählen nichts von diesen Heeren, die die Arbeit gemaht, die am Wege liegen bleiben und nicht leben und nicht sterben können. Sie sind nicht krank genug, um Invalidenrente, nicht alt genug, um Altersrente beziehen zu können. Sie haben seit 30 Jahren oder länger Woche für Woche „gelebt“ und begreifen nicht, daß sie kein Anrecht auf Rente haben.“

Diese Auffassung Dr. Meyers besteht nur zu Recht, wenn man beobachten kann, daß eine ganze Reihe von Werken heute schon Arbeiter, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, nur ungera oder überhaupt nicht mehr aufnehmen.

Wenn nun tatsächlich die Altersgrenze durch Anträge oder andere Mittel herabgesetzt werden soll, steht die Befürchtung offen, daß die Gewerkschaften sich nicht mit der notwendigen Kraft für die Herabsetzung der Altersgrenze bemühen werden, da eine Herabsetzung derselben selbstverständlich auch größere Ausgaben für die Gewerkschaftskasse bedeutet. Hinzu kommen noch verschiedene andere Gründe, die uns bewegen müßten, die Invalidenversicherung abzulehnen, ohne daß dabei auf den Entwurf des Vorstandes eingegangen zu werden brauchte.

Wenn man zum Beispiel den § 12 Absatz 6 des Vorstandsentwurfs sich vor Augen hält, so muß man einfach darüber staunen, daß Kollegen, die durch die Rentenquetsche der Invalidenversicherung gegangen sind, auch unter Umständen auf Veranlassung des Vorstandes noch einmal untersucht werden können. Was soll das bedeuten? Will man Kollegen, die staatlich invalid geschrieben sind, schließlich noch durch den Arzt des Vorstandes als arbeitsfähig schreiben lassen? Das wäre doch ein hartes Stück! Gewiß, auch wir treten für die Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ein, wenn sich daraus eine Erhöhung der Streik- und Gemäßigtenunterstützung ergibt. Man muß sich aber gegen eine Erhöhung von 30 M je Woche für die Invalidenunterstützung aussprechen, da diese die Kampfkraft des Verbandes nicht stärkt. Dazu kommt noch, daß durch die Erhöhung des Beitrages den Arbeitern der Beitrag zum Verband immer schwieriger gemacht wird. Nur hochqualifizierten Arbeitern ist die Beitragsleistung möglich, während die niedrig beahlten ungelerten Arbeiter den Beitrag nicht aufbringen können.

In unserer Verwaltungsstelle ist ein Antrag zur Sozialversicherung eingebracht worden, der den Vorstand auffordert, die ganzen Kräfte des Verbandes einzusetzen, um mit den Fraktionen der sozialistischen und kommunistischen Partei im Reichstage durch Massendemonstrationen eine ausreichende Alters- und Invalidenrente von Staats wegen durchzusetzen. Der Staat hat die

Verpflichtung für unsere alten und invaliden Kollegen auf-zunehmen. Eine Gewerkschaft aber soll und muß ein Kampforgan, keine Unterstütsungskasse sein. Unterstützungen haben nur dann einen Sinn, wenn sie die Kampfkraft der Arbeiterklasse erhöhen.

Der § 1 Absatz 3 des Statuts besagt, daß der Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht und die Überleitung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische erstrebt. Wenn wir die durchaus richtige These, die im Statut niedergelegt ist, in Verbindung bringen mit den Worten Karl Legiens, der das Wort prägte: „Keine Regierung kann sich auch nur 24 Stunden gegen den Willen der Gewerkschaften halten“ und die Arbeiter nicht auf den Stimmzettel bei den Wahlen verfallen, sondern die Kampfkraft aller Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus der gesamten Arbeiterklasse anwenden, so werden die kapitalistischen staatlichen Versicherungsmethoden bald erledigt sein, unsere alten und invaliden Kollegen werden eine Unterstützung beziehen, mit der sie ihr Leben fristen können. Die Gewerkschaften, vor allen Dingen der DMV wird einen wirklichen Kampfcharakter bekommen. Karl Büttich, Halle.

### Eine Lücke im Entwurf

#### Pauschalsumme oder freiwillige Weiterversicherung

Von höchster Wichtigkeit scheint mir die Frage der freiwilligen Weiterversicherung bei Austritt aus dem Verband zu sein. An eben von uns können im Leben Fälle herantreten, die einen Austritt aus dem Metallarbeiter-Verband notwendig erscheinen lassen. Greifen wir einige Fälle heraus: Ein Kollege nimmt eine Stelle als Werkmeister an. Er tritt aus unserem Verband aus und in den Werkmeisterverband ein. Soll das Mitglied nun alle Rechte, die es sich durch jahrzehntelange Mitgliedschaft erworben hat, verlieren? Das wäre doch eine große Ungerechtigkeit.

Oder der Kollege tritt infolge Berufsänderung, was ja heute sehr häufig vorkommt, in eine andere freie Gewerkschaft ein, die aber keine Invalidenunterstützung hat. Die Beitragsjahre können ihm also dort nicht angerechnet werden. — Noch ein Fall: Ein Kollege macht sich selbständig. Er scheidet aus dem Verband aus, dem er jahrzehntlang angehört. Ohne die Möglichkeit zur freiwilligen Weiterversicherung auch hier Verlust aller Rechte an der Invalidenunterstützung.

Hier muß unbedingt eine gerechte Lösung gefunden werden. Den Mitgliedern, die durch oben angeführte Gründe gezwungen sind, aus-zutreten, muß die Möglichkeit zur freiwilligen Weiterversicherung gegeben oder ihnen eine Pauschalsumme ausbezahlt werden. Bei der staatlichen Alters- und Invalidenversicherung ist ja auch die freiwillige Weiterversicherung vorgesehen. Wie bitter mühte es für einen Kollegen sein, der auf der Ortsverwaltung etwa folgendes hört: „Also, Kollege, du warst 20 Jahre bei uns, hast 20 Jahre mit uns gekämpft, bist deinen Pflichten nachgekommen und nun bist du gezwungen, in einen andern Verband einzutreten. Mit deinem Austritt erlöschen aber auch alle Ansprüche an unsere Invalidenkasse, der du ja auch 20 Jahre angehört. Zur freiwilligen Weiterversicherung besteht leider keine Möglichkeit.“

Keine Auszahlung einer Pauschalsumme, keine Weiterver-sicherung nach langjähriger treuer Mitgliedschaft! Das verstoßt meines Erachtens gegen Treu und Glauben. Ich bitte daher den Vorstand und den Verbandstag, dem Entwurf folgenden Absatz anzufügen:

1. Tritt ein Mitglied aus dem Verband aus und in einen dem DMV angeschlossenen Verband über, so wird ihm auf Verlangen eine Pauschalsumme ausbezahlt oder es kann sich freiwillig weiterversichern.
2. Tritt ein Mitglied infolge Selbständigmachung aus dem Verband aus, so wird ihm auf Verlangen eine Pauschalsumme an-bezahlt oder es kann sich freiwillig weiterversichern. Spheres jedoch nur nach fünfjähriger Zugehörigkeit zum DMV.

Zum Schluß möchte ich noch eines ansprechen. Wie steht es mit den Kollegen, die nach jahrelanger Mitgliedschaft aus dem Verband ausgeschlossen werden? Sollen sie aller Rechte verlustig gehen? Eine Weiterversicherung erscheint mir ausgeschlossen. Doch mühte ihnen mindestens eine Pauschalsumme ausbezahlt werden. Die Frage der Ausgeschlossenen ist gar nicht so einfach. Wir könnten zum Beispiel eine Richtung ans Kuber bekommen, die Parteiparolen folgend, ihre Gegner anschießt. Was dann? Hoffentlich ergreifen wir diesen Fragen noch viele Kollegen das Wort. H. Köppler, Frankfurt.

### Hauptwert auf Altersversicherung

Bei der Besprechung dieses Themas unter den Kollegen muß man merken, daß zwar wenig gegen die Einführung, wohl aber über die Art und Wirkung viel gesprochen wird. Alle sind wir einig darin, daß es eigentlich Sache des Staates wäre, für Alte und Invaliden zu sorgen und daß es eine Schande ist, daß rüstige und arbeits-fähige Männer — gleich welcher Partei — in den besten Mannes-jahren Pension beziehen, die das Vielfache eines Arbeiterlohnes ausmacht. Das gilt für alle hohen Beamten, vom Reichs-, Länder-minister bis herunter zum Bürgermeister und Stadtrat, die aus politischen Gründen abgesetzt wurden. Daneben der Arbeiter mit seinen geringen Ansprüchen, der ein ganzes Leben lang auch seine Pflicht dem Staate und der Gesellschaft gegenüber erfüllt hat. Die Alten glauben, die Revolution würde eine Gleichstellung bringen. Da dies nicht geschah, müssen wir heute selbst den Weg beschreiten, den der Vorstand des DMV uns bereiten will.

Ich möchte mich den Gedankengängen der Kollegen Brauer-Kiel und Böhl-Jena anschließen, die den Hauptwert auf die Alters-versicherung legen im Gegensatz zum Vorstand, der nur von In-validenunterstützung redet. Wir müssen dahin kommen, daß es einem Kollegen nach Vollendung seines 60. Lebensjahres nur 30jähriger Mitgliedschaft freisteht, seine Arbeit niederzuliegen und einen Lebensabend in Ruhe zu verbringen. Dann kann ich mir vorstellen, warum die Frauen sich teilhaben sollen. Jeder Frau eine Pauschal-summe erhält nach ihrem 60. Lebensjahr bei mindestens 20-jähriger Mitgliedschaft des Mannes 50 vH der Pension. Änder-ungen und Übergangsvorschriften können natürlich gemacht werden.

Berner möchte ich folgende Fragen anmerken: 1. Was geschieht, wenn jemand austritt, sei es, daß er sich ein Geschäft kauft, Werk-meister, Beamter oder Staatsangestellter wird oder (wie es in In-dustriegebieten häufig geschieht) Bau-, Berg-, Transport-, Textil-, Mühlern-, Straßen-, Eisenbahnarbeiter oder Straßenbahnkassierer, Kraftfahrer wird? Er muß also den Verband beitreten, ohne seine Schuld. Hier wird wenigstens, zum Beispiel bei den Bauarbeitern, niemand mehr gebuhet, bez nach dreimonatiger Bernfälligkeit nicht übertritt. — Diese Frage ist für alle die von Wichtigkeit, die nach wichtigeren Voraussetzungen 10, 20 Jahre und noch länger erst Bei-träge entrichten müssen, ehe für sie der Anspruch verfallt ist. Mit Recht muß jeder wissen — weil es doch allbekannt ist —, wie er seine Ansprüche erhalten kann, wenn er durch irgendwelche Ver-hältnisse gezwungen wird, sich zu verändern.

2. Bezieht die Gefahr, daß bei Empfang der Alters- und In-validenunterstützung des Verbandes diese bei Unterstütsung aus-öffentlicher Hand mit angerechnet wird? — Hier ist es mir nicht weiß so, daß in den Gemeindetage von 60 bis 90 vH der Pension festgelegt sind, die jeder Rentner erhalten soll. Da bekanntlich die Summe mit den Sätzen aus der Invalidenversicherung des Reiches nicht erreicht wird, zahlt die Gemeinde den Unterchied aus eigenen Mitteln drauf. Wir leben also, daß die Vorlage des Verbandes sehr durchbedacht werden muß, um eine aufrichtige Verteidigung bei den Mitgliedern anzuführen. Kurt Kaul, Gaisberg.

### Mehr Schutz den alten Kollegen

Die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung wird wohl von dem größten Teil der Kollegen mit Freuden begrüßt werden. Der Verband soll ja lediglich Kampforganisation sein; aber durch die Einführung der Unterstützung wird seine Kraft nicht im geringsten geschwächt, sondern kann nur gestärkt werden; weil gewiss-los dadurch viele neue Mitglieder gewonnen werden, die uns heute noch fernstehen. Aber es muß bei der Einführung mehr nach dem Grundsatz: Gleiches Recht für alle, gehandelt werden. Fast in allen Fallschriften, die in der WZ erschienen sind, ist der Satz zu lesen: Mehr Schutz den alten Kollegen. Nach meiner Auffassung, die sehr viele Kollegen teilen, muß die Höhe der Unterstützung sich unbedingt nach der Beitragsleistung richten, ähnlich wie bei der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung, zum Beispiel: von 520 bis 780 Beiträgen 20 M, von 780 bis 1040 Beiträgen 25 M, von 1040 bis 1300 Bei-trägen 30 M, von 1300 bis 1550 Beiträgen 35 M, über 1550 Bei-trägen 40 M.

In ziemlich derselben Aufstellung wurde auch von dem Kollegen Carl Sprot auf der Bezirkskonferenz in Offenbach geprochen. Es wäre dadurch den alten Kollegen Rechnung getragen, daß sie jetzt den höchsten Unterstützungssatz erhielten, und für keinen Kollegen läge Grund zur Klage vor, weil ein jeder nach Ablauf einer Wartezeit von 10 Jahren (von seinem Eintritt an gerechnet) Anspruch auf Unterstützung erhält. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wilhelm Grahl, Zell.

### Erst Streikunterstützung erhöhen

In unserer Verbandszeitung wird über die Einführung der In-validenunterstützung geredet. Dies ist sehr zu begrüßen und auch ich bin der Meinung, daß sie dem Verband in seiner vornehmsten Eigenschaft als Kampfverband keinen Abbruch tun würde. Aber wir sind als Kampfverband noch lange nicht auf der Höhe. Wir in Dresden stehen nun seit Wochen im Lohnkampf. Da ist es verstand-llich, daß die Erhöhung der Streikunterstützung immer breiteren Raum in der Unterhaltung der Kollegen einnimmt, weil eben die Streikunterstützung nicht ausreicht, um auch nur den einfachsten Lebensunterhalt zu decken. Ein unbedingt notwendiges Taschengeld für den kämpfenden Kollegen ist Foto Morgana. Die Verheirateten können sich schon jetzt kein Glas Bier mehr im Zeeisloft kaufen.

Es ist doch absolut unmöglich, mit 10,80 M, die ein Familien-vater mit einem Kind für eine Woche bekommt, einen Kampf längere Zeit durchzuführen. Er muß zusammenbrechen, denn auch der müdigste Kämpfer muß essen. Ich bin der Meinung, die Vollunterstützung bei Lohnkämpfen muß so schnell wie möglich für Ledige auf 25 M und für Verheiratete auf 32 M die Woche gebracht werden. Und erst, wenn das geschieht, kann einer Invalidenunterstützung das Wort geredet werden.

Erst Kampfverband, nachher Unterstützungsverein oder wir hinken mit unseren elenden Löhnen ewig hinter den anderen Ver-treuten her. Franz Bornemann, Dresden.

Die Invalidenversicherung wird von den meisten Mitgliedern begrüßt. Wer da glaubt, die Kampfkraft der Organisation würde dadurch geschwächt, irrt. Alle Unterstützungsarten haben agitatorischen Wert und sind als Bindemittel der Mitglieder von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Entwurf des Vorstandes bedarf nach meiner Ansicht eine gründliche Änderung. Die in § 99 vorgezeichneten Übergangsbestimmungen enthalten ungeheure Härten, die zu be-leiden die vornehmste Aufgabe des Verbandes sein muß. Welche Gründe den Vorstand bewegen haben, Mitgliedern, die im Jahre 1904 eingetreten sind, 28 Jahre, und denjenigen, die nur ein Jahr später eintraten, nur 17 Jahre anzurechnen, geht über mein Ver-stehen. Auch diejenigen, die nach dem Jahre 1919 eingetreten sind, Mitglieder und Kämpfer der Bewegung und müssen beachtet werden. Gleiches Recht für alle! Sollte bei der Beurteilung dieser Angelegenheit unser Verstand nicht sein. Sollen die alte Mitgliedschaft an-gerechnet werden, so muß es für alle Mitglieder gleich geschehen. Die Unterstütsung kann am 1. Januar 1930 nach den in § 12 Abs. 3 vorgezeichneten Sätzen verabsichtigt werden, dann werden die Pensione des Verbandes gleich behandelt und nicht zu kurz kommen. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß für alle, die im vorgerückten Alter den Weg zur Organisation fanden und keine Aussicht mehr haben, in den Genuss der Unterstützung zu gelangen, das Obligatorium aus-geschaltet werden muß, damit auch diese Kollegen dem Verban-de erhalten bleiben. Albert Stengeroth, Schwerte.

Der Name muß unbedingt „Invaliden- und Altersversicherung“ heißen. Denn es müssen doch Arbeitsinvaliden und Altersrentner eine laufende monatliche Unterstützung erhalten. Arbeitsinvalid ist derjenige, der von der Reichsinvalidenversicherung eine Rente be-zieht. Altersrentner ist derjenige, der das 60. Lebensjahr erreicht hat. Also nicht wie bei der Reichsversicherung das 65. Lebensjahr. Wir behaupten und mit Recht, in allen unseren Zeitungen und Parlamenten, daß das Alter von 65 Jahren zu hoch gegriffen ist, um in den Genuss der Rente zu gelangen, mithin können wir nicht denselben Unmut machen. Ich denke, jener Vorstand muß der Vor-stand auch haben, daß das nicht geht. Die Höhe der Renten beträgt genau soviel als das Reich zahlt. Ausnahmen gibt es keine. Ob nun der eine etwas zu gut, der andere etwas zu schlecht bekommt, ist lange nicht so schlimm, als wenn die Renten zu niedrig bemessen sind. Also muß der Rentenzuschuß genau so viel sein, wie das Reich bezahlt, unter keinen Umständen weniger. Weiter lassen wir die Finger davon, als daß wir weniger bezahlen als das Reich. Der Bei-tritt zu dieser Versicherung ist Pflicht aller Mitglieder. Der Bei-trag beträgt für alle Mitglieder 30 M je Woche. Die Wartezeit muß ganz einfach sein, damit eine komplizierte Markenerrechnung wegfällt. Die Wartezeit beträgt für die, die bis 1903 eingetreten sind, ein Jahr, die von 1904 bis 1920 Mitglied sind, zwei Jahre und von 1920 an drei Jahre. Eine Kapitalansammlung gibt es nicht. Das Geld muß alle Jahre ungefähr aufgeben. Wir sind doch alle Gegner von Kapitalansammlung, mithin dürfen wir das auch nicht machen. Sollen ein Kollege, der im Genuss der Rente ist, so hat die Witwe nach ein Jahr die gleiche Summe zu erhalten, die der Verstorbene erhalten hat. Sollen ein Kollege, so sollte sie die eingezahlten Beiträge zurückerhalten. Sollte das Geld zu den Renten nicht aus-reichen, so ist es besser, die Wartezeit 2 Jahre zu verlängern und die Beiträge etwas zu erhöhen als die Renten zu kürzen. Heinrich Brehm (Dresden).

Mit dem vom Vorstand in Vorschlag gebrachten Entwurf kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Ein Kollege, der 1891 ein-getreten und Invalid ist, hat die Anwartschaft nach einem Jahre. Die Kollegen, die zwischen 1892 bis 1901 eingetreten sind, nach drei-jähriger Wartezeit. Nach meiner Ansicht ist diese Zeitspanne zu lang bemessen, ist es doch ein Unterschied von neun Jahren. Es müßte hier mindestens eine Gruppe 1892 bis 1895 eingeschaltet werden. Gegenwärtigen wie uns doch: ein Kollege, der Invalid ist und 1892 beigetreten ist, muß noch drei Jahre den Beitrag von 40 M vor seiner großen Rente entrichten; ist bereits 36 Jahre Mitglied und hat in früheren Jahren manchen Sturm in der Arbeiterbewegung mitgemacht. Ein Beitrag von 40 M beim Bezug der Rente wäre wohl zu hoch. Für die älteren Kollegen muß hier eine Änderung ge-macht werden. Sollen diese Eintragung zum Nutzen der am Lebens-abend lebenden Mitglieder gerechnet soll. Entweder für die Älteren die Zeit der Anwartschaft kürzen oder die von mir vorgeschlagene Lösung und die Unterstützung so einrichten, daß die Älten, die als Idealisten für die Organisation in jeder Zeit eingetreten sind, mehr berücksichtigt werden. Heinrich Rothardt, Kiel.

### Im Kampfe gegen Gicht- und Rheuma-Leiden

leitet unter bekanntem Namen: **Wittiburger** Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee hervorragende Blenne, was uns die täglich hundertfach eingehenden Dankbriefe zeugend beweisen. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel.

bedurch **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** gereinigt bekommen habe: **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel.

Bestere Dantchreiben liegen uns massenhaft vor, doch können wir nicht alle großen Seiten wegen nicht alle abdrucken. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel. **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee** ist ein in jeder Hinsicht bewährtes Mittel.

**Wittiburger** liefert überallhin zu konkurrenzlosem Preis: Gitarren, Violinen, Sprechapparate, Platten, Harmonik, Pianoforte, Zithern, Uhren, Photo-Apparate.

**3 Tage zur Probe** mit bedingungslosiger Rückzahlung bei Nichtgefallen gegen keine Wochenrate von nur 1,- Verlangen Sie sofortigen Katalog A gratis und franko!

**Walter H. Gartz, Post 502A, Berlin S 42, Alexanderstr. 27**

**BIOX**  
DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA  
BIOX ULTRA STARK SCHÄUMEND  
Die kleine Tube 50 Pfg.

**OCOLOWOL**  
(Gefährlich gefärbt) ist ein hervorragendes, blauer noch konzentrierter Gelbmittel für Augenbräune, Schimmer, gute nachweisbare Gitterstoffe. Man wende sich vertrauensvoll um weitere Auskunft gegen 15 P. Nachporto an **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee**, **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee**, **Wittiburger Gerbaria-Gicht- und Rheuma-Zee**.

**Zigaretten**  
ein feiner Genuss

Zeronth 5 Pf.  
Thodmor 4 Pf.  
Arbeitersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEDEIN

**Mäntel**  
Leder, Gummi, Frühl. e. Sommer, Herbst, Winter, port. Strassen, Arbeit, Mäntel, Schutz und Stiefel, etc.

**3 Tage zur Probe**

mit bedingungslosiger Rückzahlung bei Nichtgefallen gegen keine Wochenrate von nur 1,- Verlangen Sie sofortigen Katalog A gratis und franko!

**Walter H. Gartz, Post 502A, Berlin S 42, Alexanderstr. 27**

**Bullbrand - Der fliegende Holländer Anno 1770**

**EICKEN-TABAKE**

**5000 Sprech-Maschinen**

26MK, 34MK, 68MK

fabrikieren wir wieder in großen Serien und sind hierdurch in der Lage, unsere bisher billigen Preise nochmals bedeutend herabzusetzen. Wir bieten Ihnen hierdurch Gelegenheit, zu diesen günstigen Ausnahmepreisen Musik in Ihr Heim zu bringen. — Selbst unsere billigsten Serien sind nach neuester Konstruktion hergestellt. Schallplattenverleih bis 120 Platten geben wir leihweise zu jeder Sprechmaschine.

Leihzahlung gestalter — Vertreter gesucht — Katalog gratis

**Schulz & Gundlach, Berlin C 25, Wägenstraße 14**

**Gesunder** als Bier, ein als Wein. **Apfelwein** naturrein, goldklar, haltbar. **Apfelsaft** naturrein, goldklar, haltbar.

**Gratis Preisliste** sendet **Gesundheitsmittel** BERLIN SW 64, Alte Jakobstraße 6

**Erfinder**

**Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder**

Choraufnahmen von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes

**Männerchor Fichte-Georgina** Dirigent: Wilhelm Köchel

**Man verlange ausdrücklich Homocord**

**Homophon-Company g.m.b.H., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 108**

**Gesangverein Typographia-Berlin**  
Dirigent: Alexander Weinbaum  
mit Homocord-Orchester

**4-2632 Sturm O. Ad. Lth. Haupt-Liedw. Lessen Vogel flieg' weiter (Volkslied) A. v. Othenbraven**

**4-2628 Wann wir schreiten**  
Alfr. Oultmann-Herm. Claudius Sonntag am Rhein (Volkslied) R. Schumann

**Größte Produktion der Welt!**

**OPEL**

**Autofahrerschule**

**Eisen-Betten**, Stahlstrahlen, günstig an Private, Katalog 50 Pf. **Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)**

**Das Maiheft der ENERGIE ist erschienen!**

**10 Liter**

**Offen putzen ENAMELIERE**

**EMAMELIERE**

Unsere feinste Spezialcreme reinigt alle Emailen, Porzellan, Glas, etc.

**Warum mehr bezahlen?**

**69,- M.**

**Erst Machnow, Berlin, Weinmeisterstr. 14**

**edelsten Fruchtwein für nur 6,80**

für diese kleine Ausgabe ein köstlicher Laberbrunnen bei Familienfeiern, im Kreise guter Freunde und Gäste: das Billigste und Beste!

**6,80**

**Reichmann 1/50, 41**

**Musik-Instrumente** für Orchester, Schule und Haus. **Größer Katalog umsonst.** Teilzahlung gestattet.

**Max Dörfel, Klingenthal i. Sa. 128**

**Elektriker durch Fernunterricht**  
Prospekt 8 frei. — Privatlehrer Dipl.-Ing. **LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 5**

**Fahrräder** von organisierten Arbeitern im eigenen Betrieb aus den allerbesten Rohmaterialien mit Ausserordentlichem Preis. Auf Wunsch gegen Teilzahlung. Bei Barzahlung 10 Prozent Kassenkonto. Vertilgt. Sie bitte uns Spezialkatalog gratis.

**Fabrikhaus Frischbald** Offenbach am Main  
Eigentum des Arbeiter-V. d. B. Bundes Solidarität

**Fahren Sie ein PRESTO**

**Rad, es ist beste Qualität zu billigstem Preis!**

Unübertroffen leicht, fast schaltloser Pan, elegant Aussehen (auch in geschmackvoller matter Ausstattung) und geringste Ausbeugung.

**Siehe Kataloghefte!**

**Autofahrerschule Sanke**  
Berlin O 17, G. Frankfurterstr. 14, Köpenick 628

Direkt ab Fabrik an Private Vorlesung Sie meine Preisliste gratis **Witz, Sport- und Labortabak** **Verandhaus Fritz Ulrich** Altona-Elbe 4, GutsMuthsstraße 59-61

**Niemals** kaufen Sie ein Instrument kaufen, ohne sich vorher mit dem Katalog zu versehen. **Herfeld & Comp.** Reparatur- & 99 West.

**Raucht GARBÁTY Baccarat 5s**

**Liquor**

**Spezialbadchen für 3 Pf.**

**Teilzahlung**

**Hausmusik auf Kredit**

**Freyophon** Der neue Sprechapparat in Vollklang. Direkt ab Fabrik. **Schallplatten**. Verlangen Sie sofort Liste 22 gratis. **Freyer & Co.** Berlin N 4, Chausseestr. 46, 1. Etg.

**10000** Bestellen Sie über **Bettfedern** **10000** Bestellen Sie über **Bettfedern**

**Musikinstrumente, Sprechapparate, Harmonikas**

**Meinel & Herold**

**Klingenthal R 71**

Verlangen Sie unseren Prospekt, Zusendung kostenlos.